

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voh-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Volk-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7574.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Correspondenz: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 1. November 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Gewerkschaften.

„Reichen die Gewerkschaften allein heute noch für die Bedürfnisse der Arbeiter aus? Genügen die Gewerkschaften allein, um den Schutz und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erwirken?“ Diese Frage behandelt Hr. Prescott, der Präsident einer der mächtigsten, jedenfalls der bestorganisierten und festgefügtsten amerikanischen Gewerkschaft: des Typographenbundes. In seinem Jahresbericht an den vierundvierzigsten Kongress des Internationalen Typographenbundes, der dieses Jahr am 10. Oktober in Syracuse, Staat New-York, zusammentrat, spricht, wie wir dem in Chicago erscheinenden „Social Democratic Herald“ (Sozialdemokratischer Herald) vom 24. September entnehmen, Hr. Prescott, nach einigen Klagen über die Laubbildung des Versammlungsbefehls, überhaupt die Laubbildung in der Gewerkschaftsbewegung, sich wie folgt aus:

Wir müssen die Thatsache anerkennen, daß der Kapitalismus die Maschinerie für seine Machterweiterung im Laufe der letzten Jahre wunderbar vervollkommen hat.

Auf dem industriellen Gebiete muß jedermann zugeben, daß die Gewerkschaften gut organisiert sind und in vielen Fällen sich wirksam und erfolgreich gezeigt haben; auf der anderen Seite kann die Thatsache nicht geleugnet werden, daß vielleicht die Mehrheit derer, die früher die Stärke der Gewerkschaften bildeten, jetzt nicht für Unternehmer arbeiten, deren Handeln gelähmt und deren Feindseligkeit gegen die Arbeiter zurückgedrängt wird durch die Furcht vor der Konkurrenz, sondern sie sind beschäftigt von großen Trusts (Unternehmerverbänden), die in aller Ruhe ihre Forderungen stellen und die Arbeiter durch Hunger unterwerfen. Und, unterstützt von erfahrenen Rechtsbeiständen (deren Jahreshonorar das Jahreseinkommen mancher Gewerkschaften übersteigt) und von schmiegsamen Beamten, verfügt der Trust über die ganze Macht der Staatsregierung, wenn es gilt, durch Ausbuhnung der Arbeiter die Herabsetzung der Löhne zu erzwingen.

Dabei arbeitet der Unternehmerverband in völliger Sicherheit. Er hat keinen Verlust des Marktes zu befürchten; und ein etwaiger Verlust durch Unterbrechung der Arbeit läßt sich in jedem Fall wieder ersetzen — und zwar über und über ersetzen — durch intensivere Ausbeutung der Arbeiter, sobald der Hunger die Besiegten in das Joch zurückgeführt hat und die Räder der Industrie den Nationalreichtum wieder vermehren.“

Die weiteren Ausführungen Prescott's beziehen sich auf die inneren Angelegenheiten des Buchdruckerwesens und des Typographenbundes, und haben kein allgemeines Interesse.

Was der amerikanische Gewerkschaftsführer über die veränderte — wir sagen nicht: verminderte — Nachstellung der Gewerkschaften sagt, ist, soweit Industrien mit hochentwickeltem Großbetrieb in Betracht kommen, für Amerika absolut richtig und theilweise auch für andere Länder. In England und in Deutschland, namentlich aber in England, dem Lande der Gewerkschaften par excellence, wo die Trades Unions jahrhundertlang Wurzeln geschlagen und mit allen ökonomischen Fortschritten der bürgerlichen Gesellschaft fortschreitend sich erweitert und vervollkommen haben, zeigt sich diese Erschwerung des Kampfes.

Die größten Streiks und Lockouts (Aussperrungen), von denen die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung uns Kunde giebt: die Nieren-Kohlenstreiks in England und Wales und der vorjährige Streik und Lockout der englischen Maschinenarbeiter, haben, trotz heroischer Anstrengungen nicht mit Siegen der Arbeiter geendigt. Und wen, der die Dinge genau betrachtet, kann das überraschen?

Es liegt in der Natur der ökonomischen Entwicklung, daß die Kapitalistenklasse, weil im Besitz aller ökonomischen Macht, als Klasse stärker ist als die Arbeiterklasse. Und theils infolge des Besitzes dieser Macht, theils weil sie an Zahl weit geringer ist, kann die Kapitalistenklasse sich auch weit leichter und fester organisieren als die Arbeiterklasse. Diese Thatsache blieb den Arbeitern lange verborgen, weil die Kapitalisten, durch die freie Konkurrenz gegen einander gehetzt, erst später als die Arbeiter auf den Gedanken kamen, sich als Klasse zu organisieren. Der Klassenkampf war von ihnen schon lange geführt worden, ehe sie zur Organisation des Klassenkampfes kamen. Den Arbeitern wurde, gerade weil sie unter dem anfangs unbewußt geführten und anarchischen Klassenkampf schwer litten, die Nothwendigkeit, den Klassenkampf zu organisieren, durch die Logik der Thatsachen viel früher klar gemacht als den Kapitalisten, die von dem Klassenkampf, den sie zum Zweck der Ausbeutung führen, ja nur Vortheile hatten. So finden wir, daß in England, dem Lande der normalen ökonomischen und politischen Entwicklung, die Arbeiter ein gutes Menschenalter vor den Kapitalisten Koalitionen gebildet und ihre Trades-Unions schon zu hoher Vollendung gebracht hatten, ehe die Kapitalisten ihrerseits geschlossene Koalitionen und Kampforganisationen bildeten.

So bietet sich uns die eigenthümliche, aus den Verhältnissen sich natürlich erklärende und keineswegs einen Widerspruch enthaltende Erscheinung, daß die Kapitalisten, welche im Klassenkampf gegen die Arbeiter Angreifer sind, in der Organisation des Klassenkampfes ursprünglich die Rolle der Angegriffenen gespielt haben — eine Rolle, die sie freilich

nicht lange spielten. Der Kapitalismus mußte die ersten Stadien seiner Entwicklung schon durchgemacht und ein Stadium erreicht haben, wo das Bewußtsein der Klassen- und Interessengemeinschaft den Stachel und die Angst der Konkurrenz überwunden hatte. Und das konnte erst eintreten, als die Akkumulation (Zusammenhäufung) des Kapitals und die Konzentration der Produktion sich so weit vollzogen hatte, daß der Zusammenschluß einer Gruppe von Großkapitalisten die Möglichkeit bot, den Markt zu beherrschen, die Konkurrenz niederzuschlagen und thatsächliche Monopole zu schaffen.

Mit dem Eintreten dieses Zustandes beginnen die Kapitalisten sich zu organisieren — und nicht bloß zur Verteidigung, auch zum Angriff. Ihr Ziel wird: die Gewerkschaften der Arbeiter durch die Uebermacht zu erdrücken. In England hatten sich bedrohlichen Streiks der Arbeiter gegenüber die Unternehmer eines Gewerbebezuges auch schon früher örtlich und provinziell koalirt, aber die prinzipielle Kampfkoalition der Arbeitgeber kam doch erst in den achtziger Jahren zur Anwendung und Herrschaft. Der Sieg der Arbeiter im großen Dockstreik rüttelte die Unternehmer auf. Und seitdem ist es stehende Taktik geworden, daß die Unternehmer, wenn sie den Moment für eine Kraftprobe günstig halten, den Streik der Arbeiter sofort mit einer Massenausperrung beantworten. Und diese Taktik ist von den Kapitalisten Amerikas und des europäischen Kontinents mit Eifer und Erfolg übernommen worden. Eine Massenausperrung legt den Arbeiterorganisationen eine ungeheure Last auf, welche die Bewegungen hemmt. Da reichen die bisherigen Mittel des Widerstands nicht aus. Selbennuth — Ausdauer — Begeisterung — nichts kann den Sieg bringen, wenn die Machtmittel des Feindes so große sind, daß er die Individuen im einzelnen und in der Masse vernichten kann. Was hat den Kaffern in Südafrika, den Derrischen im Rithale die Todesverachtung genügt, mit der sie sich den englischen Magazingewehren und Maximkanonen entgegenwarfen? Ehe sie an den Feind herankamen, waren sie durch die mechanisch tödenden, in aller Sicherheit gehandhabten Vorderwaffen niedergemäht. Kehlich ergeht es ungenügend organisierten und ausgerückten Arbeitern im Kampf mit den großen Unternehmerkoalitionen.

Hr. Prescott, der Präsident des amerikanischen Typographenbundes, hat nun die Frage gestellt und die Sachlage geschildert, er hat aber nicht gesagt, was die Arbeiter nun zu thun haben.

Die englischen Arbeiter sahen sich nach der Niederlage der besten aller bestehenden Gewerkschafts-Organisationen: der Vereinigten Maschinenbauer-Gesellschaft, vor dieser Frage, und sie haben sie vor wenigen Wochen in Bristol auf dem Jahreskongress der englischen Gewerkschaften beantwortet: die Gewerkschaftsorganisation ist unerlässlich, allein sie genügt nicht für den Klassenkampf, sie genügt nicht, um den Sieg der Arbeiter über den Kapitalismus zu erringen — die Emanzipation der Arbeiterklasse läßt sich nicht auf dem Boden der kapitalistischen Klassenherrschaft und mit den von ihr den Arbeitern überlassenen Kampfmitteln bewerkstelligen — die Gewerkschaftsbewegung muß in der politischen Bewegung ihre Ergänzung haben, und Hand in Hand mit der politischen Bewegung, wenn auch in der Organisation durchaus selbständig, den Sturz des Kapitalismus und die sozialistische Organisation der Gesellschaft sich zum Ziel setzen.

Gewerkschaftliche und politische Organisation des Massenkampfes verbirgt den Sieg, während die einseitige Gewerkschafts-Organisation im Zeitalter der Unternehmerverbände nicht verhindern kann, daß große Kämpfe nur zu oft Niederlagen der Arbeiter werden.

Die Anerkennung dieser Thatsache ist keine Herabsetzung der gewerkschaftlichen Organisation, wohl aber ein Sporn zu vermehrter Thätigkeit für Verbesserung der Organisation. Sie räumt nur mit Illusionen auf, und der Weg zu Niederlagen ist mit Illusionen gepflastert. Die Funktion der Gewerkschaften ist eine zweiseitige: die einer Kampforganisation und die einer sozialen Organisation. Jene wird nur gestärkt, diese nicht berührt. Jene wird gestärkt, denn der Sieg kann bloß dadurch gesichert werden, daß die Mitgliederzahl sowie die Disziplin und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter erhöht wird. Je größer der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eines Gewerbebezuges, desto größer die Macht der Gewerkschaft. Und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation muß den weitesten Kreisen der Arbeiter klar gemacht werden. Durch die gewerkschaftliche Organisation wird der Arbeiter als Arbeiter erst eine Macht — ohne sie ist er der Spielball des Unternehmers, der sich wohl hüten wird, eine starke gewerkschaftliche Organisation anzugreifen. Daß in den entwickeltesten Zweigen der Großindustrie Unternehmer-Verbände stärker sein können, als Gewerkschaften der Arbeiter, schließt nicht aus, daß auch in solchen Zweigen die Lage der Arbeiter ohne Gewerkschaften eine viel schlimmere sein würde als mit Gewerkschaften. Es ist ein großer Unterschied, ob der Kapitalist seine Wünsche widerstandslos erfüllen kann, oder ob er, um sie zu erfüllen, einen Feldzug führen, Schlachten schlagen muß. Und ist es auch nicht in der Macht der bestorganisierten Gewerkschaft, eine Koalition des Gesamtunternehmertums in einem Zweig hochentwickelter Großindustrie zu überwinden, so ist es doch

in ihrer Macht, auch den stärksten Verbänden einen Damm zu setzen, die Lage der Arbeiter auf ein viel höheres Niveau zu heben, und ihnen eine viel größere Unabhängigkeit zu sichern, als ohne Gewerkschaft möglich wäre. Die englischen Maschinenbauer sind in dem letzten großen Kampfe, obgleich sie einzelne Vortheile davontrugen, mit ihrer Hauptforderung: der des Achtstundentages, für den Augenblick erlegen, ihre Position ist aber jetzt eine ungleich günstigere als sie günstigstenfalls ohne Gewerkschaft sein könnte, und die Unternehmer werden sich zehnmal bedenken, ehe sie einen neuen Angriff beginnen. Denn auch sie haben schwere Verluste erlitten und — was wohl zu beachten — sie haben sich zu dem öffentlichen Interesse und der öffentlichen Meinung derart in Gegensatz gebracht, daß ihr thatsächlicher Sieg zu einer moralischen Niederlage geworden ist.

Und die Thätigkeit der Gewerkschaften als soziale Organisationen, d. h. als Organisationen, um welche die sozialistische Organisation der Gesellschaft sich zu krystallisieren hat, — diese Thätigkeit, welche von den Unternehmerverbänden nicht gehindert werden kann, ist die weitaus wichtigere. Auf ihr beruht wesentlich die Zukunft des Sozialismus.

Die Thatsache, welche Hr. Prescott festgestellt hat, drückt also in keiner Weise die Bedeutung der Gewerkschaften herab. Und daß die amerikanischen Arbeiter auf diese Thatsache aufmerksam gemacht wurden, war ein verdienstvolles Werk, denn sie enthält eine eindrucksvolle Mahnung für sie, sich nicht, wie das die meisten bisher gethan, einzig auf die Gewerkschaftsbewegung zu verlassen und als selbständige Arbeiterpartei auch in den politischen Kampf einzutreten.

Für die deutschen Arbeiter bedarf es zum Glück einer derartigen Mahnung nicht.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Oktober.

**Die Einladungen zur Anarchisten-Konferenz**, die nach einer Mittheilung am 26. November in Rom zusammenzutreten wird, sollen jetzt ergehen, und da ist denn gerade zur rechten Zeit und gerade am rechten Ort, nämlich in Jerusalem, wo der deutsche Kaiser sich gerade aufhält, zwar kein Anarchist, aber der Bruder eines Anarchisten verhaftet worden — und zwar merkwürdigerweise der Bruder gerade des italienischen Anarchisten, der „das ägyptische Komplott organisiert“ hatte. Also steht gedruckt in dem verlogenen aller Londoner Blätter, der Daily Mail, dem Spitzorgan des Herrn Melbisse, dem der „italienische Anarchist“ es gewiß freudlich — auf die Nase gebunden hat, daß er ein Attentat machen wollte. Weniger Eifer rufen wir den Attentats-Politikern mit Talleyrand zu. Und etwas weniger Plumpheit!

Die Anarchistenkonferenz soll übrigens „keine bindenden Beschlüsse“ fassen, sondern sich auf Gutachten und Anregungen beschränken. Außerdem soll sie nur kurze Zeit tagen, damit Raum wird für die Friedenskonferenz. Warum die zwei Konferenzen nicht vereinigen, wie wir schon gerathen haben? Die Macher sind ja dieselben für beide Konferenzen. —

**Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes**. Noch ist nicht die Neuwahl zum Abgeordnetenhause beendet und schon taucht jene Frage wieder auf, welche in der vorigen Gesetzgebungs-Periode so überaus lebhaft Debatten hervorrief, die Frage der Revision des Vereins- und Versammlungsgesetzes.

Fürst Hohenlohe hat seinerzeit versprochen, daß die Befreiung des Verbots der Koalition zwischen mehreren Vereinigungen durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten eher herbeigeführt werden solle, als das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft trete. Die Frage muß also in der nächsten Session des Landtags unbedingt zur Erledigung gebracht werden.

Wie wird der Gesetzentwurf ausfallen, den die Regierung vorlegen wird? Wird es eine neue lex Rade sein, ein neues Anebelgesetz, durch das allen mißliebigen politischen Richtungen der Mund gestopft werden kann? Oder wird die Regierung sich nach den Erfahrungen des Sommers 1897 in welcher Beschränkung mit der einfachen Erfüllung ihrer Aufgabe begnügen? Und wie wird sich, sofern die Regierung also handelt, der Landtag stellen? Wird aus den Parteien heraus der Versuch gemacht werden, das preussische Vereins- und Versammlungsrecht gänzlich zu ertöden? Dies wiederum wird ja von dem Ausfall der Wahl abhängen. Da ist es denn gut, daß die zu jedem Reaktionsstreik allzeit bereiten Parteien der Konservativen und Freikonserwativen wenigstens etwas geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen.

**Die Aufgaben des Ausschusses der Invaliden- und Altersversicherungs-Anstalten** waren bisher im § 55 des Gesetzes festgelegt. Dem Ausschusse waren danach vorbehalten:

- die Prüfung der Jahresrechnung;
- die Beschlußfassung über die Bildung von Rückversicherungsverbänden;
- die Abänderung des Statuts;
- falls ein Ausschichtsrath nicht gebildet worden ist, die Ueberwachung der Geschäftsführung des Vorstandes.

Diese Obliegenheiten sollen, besonders infolge der Errichtung der örtlichen Rentenstellen, aber auch aus anderen Gründen, vermehrt werden. Die offiziöse Presse nennt als solche neue Befugnisse und Aufgaben:



1. die Festsetzung der Zahl der Bezirke und der Eige der örtlichen Rentenstellen;
2. die Wahl der nicht beamteten Mitglieder des Vorstandes;
3. die Wahl der Beisitzer der Rentenstellen (neben der dem Ausschusse bereits zustehenden Wahl der Schiedsgerichts-Beisitzer);
4. die Festsetzung des Voranfalls;
5. die Zustimmung zu Beschlüssen des Vorstandes, welche die Erwerbung, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken der Versicherungsanstalt betreffen.

Die beiden letzten, finanziellen Vollmachten waren auch in den Böttcher'schen Entwurf schon mit aufgenommen. Sie sind ein Stück parlamentarischen Budgetrechts der Unternehmer und Arbeiter, über das kein Wort weiter zu verlieren ist.

Charakteristisch ist, daß in dem Ausschusse — der selber wieder aus Wahlen der Krankenkassen-Vorstände hervorgeht, alle Wahlrechte vereinigt sein sollen. Der Ausschuss wählt heute schon die Schiedsgerichts-Beisitzer (§ 71 des alten Gesetzes) und zwar zu gleichen Theilen in getrennter Wahlhandlung seitens der Arbeitgeber und seitens der Versicherten. Der Ausschuss wählt, offenbar in gleichem Verfahren, in Zukunft die nunmehr obligatorischen Vorstandsmitglieder, soweit sie nicht vom Kommunalverbände oder der Landesregierung bestellte Beamte sind. Der Ausschuss wählt endlich, wie man nunmehr erfährt, die Beisitzer der örtlichen Rentenstellen.

Diese letzte Bestimmung dürfte im Reichstag den stärksten Widerspruch heraufzufen. Wenn man im Gewerbegerichts-Gesetz und sogar in den letzten Innungsvorlagen die Gerichtsbeisitzer durch ein allgemeineres Wahlverfahren der Interessenten am Orte und sogar in dem einzelnen Bezirke bestimmen ließ, so wird eine ähnliche Wahl für die Zusammenfassung der örtlichen Rentenstellen wohl für das Reichsamt des Innern ebenfalls erträglich sein. Man nimmt den örtlichen Rentenstellen, auf die man so große Hoffnungen setzt, auch ein gut Theil ihres Einflusses, wenn man sie nicht mit den Vertrauensleuten der Nächstbetheiligten besetzt. Die Ernennung vom Mittelpunkte einer ganzen Provinz oder eines ganzen Einzelstaates aus wird nur zu schweren Mißgriffen führen. Die Angst vor allgemeineren Wahlen und vor einem demokratischen Aufbau der verschiedenen Vertretungen ist offenbar im Reichsamt des Innern größer denn je. Und von zu viel Muth war doch selbst früher nichts zu spüren, auch im Jahre 1890 nicht.

Gerade die örtlichen Rentenstellen würden am meisten des Vertrauens der Versicherten bedürfen, um falsches Mißtrauen zu zerstreuen und übertriebene Beschränkungen mildern zu können. Denn den örtlichen Rentenstellen sollen nach der neuen Vorlage überwiesen werden: die Ueberwachung der Rentenempfänger, die Erstattung von Anzeigen an den Anstaltsvorstand über die zu ihrer Kenntniss kommenden Fälle, in welchen ein vorbeugendes Heilverfahren angezeigt ist, und die Kontrolle der Beitragsentrichtung. Durch den Vorstand der Versicherungsanstalt und nach Anhörung desselben durch die Landes-Zentralbehörde können der Rentenstelle jedoch noch weitere Obliegenheiten übertragen werden.

Das sind alles Aufgaben, die am besten im engsten Zusammenhange mit den Versicherten am Orte zu lösen sind. Warum also die Nächstbetheiligten nicht selber über die Manner ihres Vertrauens entscheiden lassen? —

**Ein kaum glaublicher Akt der Militärjustiz** wird uns aus Königsberg i. Ostpr. berichtet: Unser Gewährsmann schreibt:

Zu einer Verhandlung gegen sozialdemokratische Flugblattverbreiter vor dem Schöffengericht in Marienburg in Westpreußen war der Genosse Kriese aus Elbing, der zur Zeit gerade eine Uebung als Reservist mitmachte, als Zeuge geladen. Unter anderem wurde derselbe vom Vorsitzenden auch gefragt, ob er Sozialdemokrat sei. Kriese glaubte darüber Anstus zu geben zu müssen und antwortete: „In Zivilja!“ Ueber die Gerichtsverhandlung wurde in den Blättern berichtet, so daß die Vorgesetzten Kriese's Aeußerung kennen lernten. Während der Dauer der Uebung erkrankte derselbe sich infolge dessen einer besonderen Beobachtung. Wegen eines geringfügigen Verschens wurden ihm drei Tage Arrest zubüßert. Es sollte aber noch besser kommen.

Bald nach vollendeter Uebung wurde Kriese auf das Elbinger Militärbureau gerufen und gefragt, ob ihm die Korpsbefehle bekannt seien, die bei den Kontroll-Veranstaltungen verlesen werden. Nachdem er das bejaht, wurde er entlassen. Am 10. Oktober erhielt er vom Bezirkskommando Marienburg einen Gestellungsbefehl, sich am 12. Oktober zur Verbüßung einer vierzehntägigen Arreststrafe dort einzufinden. K. glaubte an einen Irrthum und fragte beim Bezirkskommando an, weshalb er denn bestraft werden sollte. Da er keine Antwort erhielt, trat er die Reise an. Seine in größter Angst befindliche Ehefrau wandte sich in einem Schreiben an den Kriegsminister. Darauf erhielt sie vom Generalkommando des 17. Armeekorps die Mittheilung, daß ihr Mann

wegen Angehörigens gegen den Korpsbefehl vom 23. Februar 1894 bestraft worden ist, wonach jede Behauptung sozialdemokratischer Gesinnung verboten ist. Derselbe habe sich öffentlich in Uniform in der Schöffengerichts-Sitzung zu Marienburg am 8. v. M. als Sozialdemokrat erklärt.

Also daß der Mann vor Gericht auf eine Frage des Vorsitzenden die volle Wahrheit sagte, bringt ihn 14 Tage ein. Es bleibt also nur das Dilemma: **Entweder Du verschweigst die Wahrheit oder Du wirst bestraft!**

Es wird Sache des Kriegsministers sein, schleunigst einzuschreiten und Abhilfe zu schaffen. Andernfalls müßte man annehmen, daß strenge Wahrheitsliebe unter Umständen für einen deutschen Soldaten gefährlich werden könnte. —

### Deutsches Reich.

**Die Reichsmaßnahmen aus den Jollen und Verbrauchs-Steuern** im ersten Halbjahr 1898 belaufen sich mit 304,3 Millionen Mark auf 20,5 Millionen Mark höher als im ersten Halbjahr 1897/98, sie sind mithin um mehr als 8 pCt. gestiegen. Diese Vermehrung übersteigt den Durchschnitt der Jahre seit Eintritt der Wendung zum Aufsteigen in den Reichsfinanzen nicht unerheblich und bleibt selbst hinter der ganz ausnahmsweise hohen Steigerung von 1895/96 auf 1896/97 nur sehr wenig zurück. Sie ist auch absolut und relativ höher als der ungewöhnlich hohe Mehrertrag in dem Reichshaushaltsetat mit 48 Millionen oder etwas mehr als 7 pCt.

Offiziell will man es wahrscheinlich machen, daß der Ueberfluß des laufenden Jahres den des Vorjahres mit 78 Millionen Mark mindestens erreichen wird.

Auch bei diesem Anlasse will man für neue Militärerforderungen Stimmung machen. Schreiben doch die „Berl. Vol. Nachr.“:

„Die günstige Finanzlage wird in dem Reichstage auch den Mehrforderungen, welche für die Stärkung unserer Landesverteidigung unabweisbar sind, die Wege ebnen.“

Wir glauben, daß weit wichtigere Aufgaben nach Reichshilfe rufen, wie die Landesverteidigung in der Epoche der Abrüstungskonferenz. —

**Der Lippe'sche und der Braunschweig'sche Erbsolgsstreit** haben in Königsberg und gottgläubigen Köpfen eine heillose Verwirrung angerichtet. Mit der 1866'er Revolution von oben und dem 1870/71'er Kaiserschnitt hatte das fromme Gewissen, von Donner und Blitz der Ereignisse halb betäubt, sich allmählig zur Noth abgefunden. Allein nun kommen mitten im Frieden Dinge vor, die da beweisen, daß gerade an den Stätten, wo das, über alle irdischen Rücksichten erhabene göttliche Recht der Obrigkeit seine festesten Vertheidiger haben sollte, Anschauungen obwalten, die sich mit dem Glauben an das göttliche Recht beim besten Willen nicht vereinigen lassen. Was soll da aus dem Glauben an das Gottesgnadenthum werden? Jammer! — „Germania“ und Jammer etliche ihrer Schwesterzeitungen.

Das Interessanteste aber leistet ein anderes Zentrumsblatt: die in Berlin erscheinende „Märkische Volks-Zeitung“, und was sie schreibt, ist so charakteristisch, daß wir es den Lesern nicht vorenthalten können. Das Rechtsgefühl mag es wohl verlegen, wie dem bestehenden Thronfolgerecht durch weltliche Rücksichten beiseite geschoben wird, aber mit dem Gottesgnadenthum hat das gar nichts zu thun.“ Und nun befehrt uns das Blatt:

„Von Gottes Gnaden“ bedeutet vielmehr nach der katholischen Auffassung, wie aus dem Mundschreiben Leo XIII. vom 29. Juni 1881 deutlich hervorgeht, genau daselbe — nicht mehr und nicht weniger — was der Apostel Paulus an die Römer (XIII. 1. 2.) schreibt: „Es giebt keine Gewalt außer von Gott, und die, welche besteht, ist von Gott angeordnet. Wer demnach sich der Gewalt widersetzt, der widersezt sich der Anordnung Gottes.“

Jede Obrigkeit als solche ist hiernach von Gottes Gnaden, mag sie nun repräsentirt werden in der Monarchie von dem Monarchen, in der Republik von einem Senat oder einem Präsidenten, mag der Monarch ein Türke, ein Heide oder ein Christ sein, mag er auf grund seines Erbrechts oder infolge freier Wahl der Volksvertreter an die Spitze berufen worden sein. Von Gottes Gnaden waren demnach die heidnischen römischen Kaiser, ebenso wie die Häuptlinge der afrikanischen Regerrämme es heute sind, die Barren und die Sultane nicht minder, wie die obersten Repräsentanten von Hamburg, Bremen und Lübeck.“

Da die Behörden, und zwar alle Behörden also von Gottes Gnaden sind, ist, wie das katholische Blatt beschwichtigend darlegt, jede Revolution absolut zu verwerfen.“ Wenn es fährt fort: „Im übrigen aber sind die Völker völlig frei, sich die Art ihrer Staatsverfassung, namentlich also auch die Person, welche die Obrigkeit repräsentirt und an die Spitze der Gewalt treten soll, je nach ihrer Neigung vollständig selbst zu bestimmen.“ Die Bezeichnung der Person oder der Personen, welche die obrigkeitliche Gewalt innehaben sollen, bleibt der menschlichen Freiheit und der geschichtlichen Entwicklung überlassen, ist somit nicht göttlichen, sondern menschlichen Rechtes“ (so P. Viktor Cathrein S. J. Gesellschaft Jesu) „Die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen“ S. 40).

Menschliches Recht setzt also fest, wer das imperium (Gerichtswalt) ausüben soll, und nur das imperium selbst ist für alle Völker des Erdballs von Gott angeordnet. Ohne Obrigkeit löst sich ja — das sagt uns schon die bloße Vernunft — jedes Volk in zusammenhanglose Individuen auf, nur sie ernüchert daher ein staatliches Zusammenleben; sie ist somit, da dieses Zusammenleben ein nothwendiges Ergebnis der vorläufigen Menschennatur“ d. h. von Gott gewollt ist, ebenfalls von Gott gewollt d. h. von Gottes Gnaden.“

Und — so sagen wir hinzu — wenn die sonst verpönte Revolution gelingt, hat Gott sie auch gewollt, und wer sich gegen sie auflehnt, lehnt sich gegen Gott auf.

Mit anderen Worten: Keine Obrigkeit kann bestehen, ohne daß der allmächtige Gott sie erlaubt — und folglich ist jede Staatsgewalt, Behörde und Regierung „von Gottes“ Gnaden. Der Heide Friedrich II. drückte das etwas herber und kürzer aus mit dem Wort: „Gott ist in den großen Eskadroun!“ Inhere Fremden und Königsstreuen werden jedoch mit dieser Auffassung des Gottesgnadenthums schwerlich zufrieden sein. —

**Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo!** Der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung einer Eingabe des Vereins deutscher Kärntner Folge gegeben, indem er genehmigte, daß für die Kärntner an stelle der bisherigen vier, fortan sechs Sonntage im Jahre für die erweiterte Arbeitszeit freigegeben werden. Die Verordnung soll sofort in Kraft treten.

So wird von dem geringen Gehalt der Arbeiter gegen übermäßige Anordnung von Stunden wieder auf dem Verordnungsweg abgebrochen.

Wie wäre es, wenn wir die Herren Bundesratsmitglieder auch einige Sonntage an ihren Spazierfahrten und lustigen Erholungen behinderten und ins Joch der Arbeit spannten? —

**Die Reichskommission für Arbeiterstatistik** ist, sicherem Vernehmen nach, zum 17. November einberufen worden. Die diesmahlige Tagung wird sich auf etwa vier Tage erstrecken, da die Vernehmung der Sachverständigen bei den Erhebungen über das Gastwirthsgewerbe viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Wie bekannt, sind Verhandlungen an etwa 60—70 Personen aus dem Gastwirthsgewerbe erlangt, deren Aussagen die Kommission entgegennehmen will. Es ist hier der Rodus gewählt worden, daß der von der Kommission früher eingesetzte Ausschuss sich an die einzelnen Verbände beauftragt, die Sachverständigen zu benennen hat; es dürfte daher auch wohlliche im Gastwirthsgewerbe beschäftigte Personen vor der Kommission erscheinen. —

**Ein Geschenk betreffend den Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe** soll, wie die „Magdeburger Zeitung“ wissen will, in Vorbereitung sein. — Uns erscheint es sehr zweifelhaft, ob es bei der bekannnten Schwärzungsentzerrung unserer Regierung in sozialpolitischen Dingen zu wirklich einschneidenden Maßnahmen kommen wird. Man wird, falls die Nachricht überhaupt zutreffend ist, auch hier nach dem berühmten Muster verfahren und den Pelz zu waschen versuchen ohne ihn nah zu machen. —

**Der Kaiser und die Katholiken.** Der Kaiser hat vom Sultan das Grundstück Domnition in Jerusalem zum Geschenk erhalten. Auf diesem Grundstück soll nach der Uebersetzung das Haus gestanden haben, wo Maria, die Mutter Jesu, gestorben sei. Dies Grundstück hat der Kaiser nun zur Annehmung im Interesse der deutschen Katholiken bestimmt. Der Kaiser sagt in einer Depesche an den Vorstand des deutschen Vereins vom 9. Lande, diese Schenkung bewunde die Fürsorge, mit der er, obwohl anderer Konfession, stets bestrebt sei, über den katholischen Interessen zu wachen.

Die Zentrumsblätter zeigen sich über die Schenkung sehr erfreut. —

**Zum Ende des Phosphatmehl-Krieges.** Die Bezugsvereinbarung der landwirthschaftlichen Genossenschaften und die vereinigten Thomaphosphatmehl-Fabriken haben sich, wie kürzlich die hiesigen Organe des Bundes der Landwirthe versicherten, über einen neuen Lieferungsvertrag geeinigt und der Jussit ist damit zu Ende. Wie die „Nat.-lib. Korrespondenz“ schreibt, hatten die Organe des Bundes noch 24 Stunden vorher an die Landräthe die strikte Anforderung ergeben lassen, gegen die einzigen Kreisblätter einzuzureiten, welche bezahlte Annoncen der Thomaphosphatmehl-Fabriken veröffentlichten. Da nun aber der Friede wieder hergestellt ist, so wird die Bundesleitung wohl die Landräthe anweisen, den Kreisblättern die Annahme solcher Annoncen wieder zu gestatten und soweit man bereits gegen solche eingeschritten sein sollte, diese Maßnahmen wieder rückgängig zu machen. Dann darf auch das Landwirthschaftsministerium den ihm unterstellten Betriebsverwaltungen wieder erlauben, Thomaphosphatmehl zu beziehen. Wer wollte Widerstand leisten, wenn die „Katholischen“ pfeifen? —

**Endlich!** Gegen den früheren Handelsminister von Verlepsch richteten sich i. Z. heftige Angriffe, weil er das Privatregal in den Zieles-Büchsen-Gruben fortbestehen ließ und damit u. a. auch auf die staatliche Verganfsicht dort verzichtete. Der Fall war darum besonders peinlich, weil Freiherr v. Verlepsch der Schwiegersohn des so bevorzugten Vergewerksbesizers war und weil in diesem Reviere besonders schwere Unglücksfälle vorkamen. Nun ist endlich zwischen der Staatsregierung und dem Grafen von Ziele-Winckler ein Vertrag abgeschlossen, worin er und seine Nachfolger auf das Recht zur Verwallung der Vergopolizei unter Vorbehalt der ihnen sonst aus dem Vergeregale zustehenden Rechte verzichtet und sich damit einverstanden erklärt, daß die Verwallung der Vergopolizei mit dem 1. November an den Staat übergeht.

Vor mehr als fünf Jahren hat Dr. Jastrow in seiner Schrift „Sozialliberal“ auf dieses Mißverhältnis hingewiesen, Gestalten aller Parteien haben sich mit dieser Frage befaßt, und hat man deshalb empfindlich gestraft und nun hat man sich endlich zu dem Entschlossen, was von Anfang an selbstverständlich sein mußte.

Freilich, für unsere Stimmung und Komforten macht die Sozialreform noch immer zu große Fortschritte. —

**Die Gehaltsberhöhung von vier Staatssekretären.** Im Reichshaushaltsetat für 1899 werden die in der letzten Session abgelehnten Gehaltsberhöhungen für die Staatssekretäre im Reichs-Justizamt, im Reichs-Marine-Amt, im Reichs-Schatzamt und im Reichs-Postamt von 24 000 auf 30 000 M. angelegt werden. Ohne Zweifel, so meint die „Germania“, gelangt die Erhöhung der genannten Bejoldungen auch zur Annahme, da gleichzeitig auch die kleinsten Anstufungen für die Unterbeamten und Land-Vorsträger im Etat für 1899 erscheinen werden, welche im letzten Etat fehlten, und deren wegen der Reichstag die Gehalts-erhöhung der Staatssekretäre ablehnte. Bei diesen Erhöhungen sind die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt und im Reichsamt des Innern nicht berücksichtigt, weil sie ohnehin weit höhere Entnahmen haben, als die anderen Staatssekretäre. Die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt und im Reichsamt des Innern beziehen nämlich je 30 000 M. jährlich einschließlich 14 000 M. sogenannter Repräsentationskosten. Sämmtliche Staatssekretäre haben außerdem freie Dienstwohnungen. Der Reichsanzler bezog bis zum vorigen Jahre 54 000 M. einschließlich 18 000 M. Repräsentationskosten. Die letzteren sind auf 64 000 M. erhöht worden, so daß der Reichsanzler seit dem 1. April d. J. im ganzen 100 000 M., also 46 000 M. mehr als bis dahin, bezieht. —

**„Kriegervereine und Sozialdemokratie.“** Unter dieser Ueberschrift erlät der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes in der „Parole“ eine Erklärung über das Verhalten der Kriegervereine zu den politischen Parteien, im besonderen zur Sozialdemokratie. Darin heißt es u. a.:

„Alle, welche auf dem Boden der Treue zu Kaiser und Reich, zum nationalen deutschen Staat und zu ihrem engeren Bundesstaat stehen, sind gleichmäßig berechtigt, in unsere Reihe einzutreten. Und deshalb sind die Kriegervereine ein glücklicher Vereinigungspunkt für Männer der verschiedensten politischen Anschauungen, sofern sie nur alle auf dem Boden des Reichs und der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse stehen. Die Kriegervereine werden durch die Pflege treuer Kameradschaft die politischen Gegner einander näher bringen und unter ihren Mitgliedern dahin wirken, daß sie im bürgerlichen Leben, in ihrer Verthaltung als Staatsbürger desjenigen in den Vordergrund stellen, was die Parteien eint, monarchische Treue, Vaterlandsliebe, Nationalbewußtsein, und daß sie sich daran gewöhnen, das Partei-Interesse möglichst zurückzustellen. Das Kriegervereinswesen kennt nur einen Gegner, die Umsturzparteien, alle übrigen Parteien, sowie sie vorstehend gekennzeichnet sind, sollen sich in den Kriegervereinen in breiter Front, Schulter an Schulter, gegen diesen gemeinsamen Feind vereinigen. Wenn dem gegenüber an einigen Stellen von Verbänden- und Vereinsvorständen auch Anhänger einzelner auf dem Boden der Treue zu Kaiser und Reich und zu den bestehenden Verhältnissen stehender bürgerlicher Parteien als nicht in die Kriegervereine gehörig bezeichnet sind, so kann diese Meinungsäußerung vom Bundesvorstand nicht gebilligt werden. Die ihr zu grunde liegende Anschauung widerspricht dem Geiste des Kriegervereinswesens durchaus.“

Danach scheint dem Bundesvorstand der Eifer der Keinen Größen sehr selbst zu weit zu gehen. Wie wir mehrfach berichten konnten, hatten diese an mehreren Orten ihre Säuberungsarbeit auch auf die Freiwirtschaften erstreckt; es scheint, daß diese in Zukunft wieder liebevolle Aufnahme finden und dort den unentwegt Königsstreuen „näher gebracht“ werden sollen. Bei denjenigen, die nun einmal dem Umsturz ganz verfallen sind, ist nach der Meinung des Bundesvorstandes die Erziehungsmethode der Kriegervereine doch wirkungslos. — Das dürfte stimmen! —

**Die Massenunfallkatastrophe**, von welchen in der letzten Zeit der deutsche Bergbau betroffen worden ist, haben allmählig auch weitere Kreise bis hinauf zum Ministerium von der Nothwendigkeit einer Reform der Vergütungspolizei überzeugt. Die Unternehmer sind natürlich Gegner jeder Reform und wenden sich namentlich gegen die beabsichtigte Anstellung praktischer Vergleute zur Inspizierung der Schächte. In ihren Kampfmitteln gegen die Reformbestrebungen ist die Unternehmerpresse gewiß nicht wählweise gewesen, das Verdict aber liefert sich das „Rheinische Westfälische Tageblatt“. Um darzutun, daß die häufigen Massenunfälle nicht in der modernen Schachtmethode, nicht in den häufig ungenügenden Schachtbauvorschriften ihre Erklärung finden, liefert sich dieses Blatt, welches von Unternehmern finanziell unterhalten wird, und das seinerzeit im Stempelkalkulations- und Steuerhinterziehungs-Projekt wader die bestehenden Angeklagten rein zu waschen versuchte, in einem angeblich eingesandten Artikel folgende Verächtigung:

„Eine eigenthümliche und zum Nachdenken sehr geeignete Sache ist es auch, daß die beiden schweren, sich ähnelnden Unfälle vor der Reichstagswahl eintraten und von der rothen wie schwarzen Internationale so woffentlich angefeindet wurden; wird man den wirklich wahren Grund jemals erfahren?“

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, der wir das obige entnehmen, bemerkt hierzu: „Das heißt mit anderen Worten: Es ist zu untersuchen, ob nicht die ultramontane oder sozialistische Partei, resp. ihre Anhänger unter den Vergleuten, die Massenunfälle von „Karolinenglad“ und „Zollern“ absichtlich herbeiführten, um Stoff zur Wahlagitation zu haben!“ Jene 170 Vergleute, so der „alte Praktiker“, können auch ihren Tod gefunden haben als Opfer der ultramontanen oder sozialistischen Parteitaktik!“

Ist uns erübrigt es sich, dieser bodenlosen Gemeinheit und Rohheit auch nur ein Wort der Kritik hinzuzufügen. —

**Zur Fleischthenerung.** Wie in der letzten Gleiwitzer Stadtverordneten-Sitzung vom Oberbürgermeister mitgeteilt wurde, ist im Monat August eine Generalpetition von sämmtlichen Städten Oberschlesiens an den Regierungspräsidenten sowohl wie an den Oberpräsidenten und den Bundesminister abgegeben, in welcher alles klar auseinandergesetzt ist, was die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Zahl der zur Einfuhr kommenden Schweine bedingt. Eine Antwort sei bis heute noch nicht eingegangen.

Auf eine dringliche Bitte also nach zwei Monaten noch keine Antwort. Den Wünschen der Agrarier wird viel schneller Rechnung getragen. —

**Scharfschützen auf der Straße.** Aus Posen meldet uns eine Privatdepesche:

Eine Militärpatrouille fenerte bei einem Deserteurtransport auf offener und stark belebter Straße, als der Gefangene schliefte, mehrere scharfe Schüsse ab. Einem dreizehnjährigen Mädchen lag eine Kugel hart am Kopfe vorbei. Sie wurde infolge des Schreckens ohnmächtig. Eine ältere Frau mit drei Kindern war gleichfalls in Lebensgefahr. Infolge des Vorfalls herrscht hier allgemeines Erbitterung.



Der Fall beweist aufs deutlichste, wie unmöglich das Scharf-  
sehen bei der Verfolgung von entweichenden Gefangenen zu sein  
pflegt. Die Anklage hat den Entweichenden nicht getroffen, wohl aber  
wurde er dann erreicht und festgenommen. Welchen Sinn hat da  
die Schierelei, durch welche zudem harmlose Passanten ums Leben  
gebracht werden können.

**Angebot, um eine Wahlstatistik durchzuführen,** hatte die  
Regierung die Aufstellung einer politischen Statistik verlangt. Der  
Oberbürgermeister Vender von Breslau hatte demzufolge an die  
Wahlvorsteher ein Rundschreiben gelangen lassen, in welchem es hieß:  
„Auf höhere Anordnung habe ich die Herren aufzufordern,  
bei der Wahl in einer bestimmten Kolonne die Parteistellung des  
gewählten Wahlmannes, soweit sie ihnen bekannt ist, des näheren  
zu bezeichnen.“

Die die „Dresdener Morgenzeitung“ erfährt, haben viele Wahl-  
vorsteher es abgelehnt, die Parteistellung der Wahlmänner in die  
betreffende Rubrik einzutragen und Besorgnis, einen Freisinn zu  
begehen oder Material für irgendwelche politische Schmähereien zu  
bieten. Sie salbten sich, indem sie in die Liste an betreffender  
Stelle das Wort „unbekannt“ eintrugen.

Die Wahlvorsteher schenken nicht daran. Die Reformbedürftigkeit  
des Dreiklassen-Wahlrechts ist über alle Zweifel erhaben; dazu bedarf  
es nämlich keiner Erhebungen mehr.

**Deportation abgelehnt.** Wie der „Hamb. Kor.“ hört, hat  
die Kolonialverwaltung an die Gouverneure von Zogo, Kamerun,  
Schwefelsäure und Ostafrika die Frage gestellt, inwiefern sie es für  
zulässig, finanziell durchführbar und im Interesse der Kolonien,  
außerhalb aber auch im Interesse der Sträflinge erachten würden,  
wenn man die Deportation in gewissen Grenzen in das deutsche  
Strafstrafsystem einführen wollte. Die Antworten der Gouverneure  
sind sämtlich verneinend ausgefallen.

**Die Kontrolle über die Ausländer,** die in Deutschland vor-  
übergehend, aber länger dauernden Aufenthalt genommen haben, ist  
nach der Münchener „Allgem. Ztg.“ neuerdings in den einzelnen  
Bundesstaaten durch eine umfassende Organisation des  
Meldebewesens und durch regelmäßige Berichterstattung  
über die an- und abgehenden Ausländer ausgefaltet worden.

**Hamburg, 31. Oktober.** (Fig. Ver.) Hier haben die Militär-  
behörden das Carl Schluß- Theater boykottiert, weil der artistische  
Leiter desselben mit der Hamburger „Freien Volksbühne“ ein Ab-  
kommen getroffen hat, auf Grund dessen dem Verein für je eine  
Sonntag-Nachmittags-Vorstellung für seine Mitglieder Plätze zu  
ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt sind, die der  
Verein unter seinen Mitgliedern verlost. Der Verein, an  
dessen Spitze der bekannte Lyriker Gustav Falke steht,  
besteht gewiß aus größter Zahl aus Arbeitern, und  
Hamburger Arbeiter sind Sozialdemokraten, aber naturgemäß hatte  
und hat der Verein keine politische Tendenz, sondern nur das Be-  
streben, seinen Mitgliedern für ein billiges echte Kunst zu bieten.  
In seinem letzten Spieljahr bestand das Repertoire des Vereins aus  
Stücken von Shakespeare, Lessing, Wolzogen, Ibsen, Hauptmann,  
Voss, und im Anfang des Spieljahres wurden die „Fäulnisse“ von  
von Carl Müllersberg, dem Sohn des Hamburger Bürger-  
meisters im Besitz des Bürgermeisters, mehrerer  
Senatoren und Bürgerchafts-Mitglieder aufgeführt. Und  
jetzt sind wieder in Aussicht genommen Shakespeare, Lessing,  
Hauptmann, Ibsen, Wolzogen, Dürmann, Schnitzler und auch wieder  
eine neue Arbeit von Carl Müllersberg. Außerdem hat der Verein  
seinen Mitgliedern an Unterhaltungsabenden gute Vokal-  
und Instrumentalmusik für ein geringes Eintrittsgeld geboten. Das ist  
der Militärbehörde Grund genug, ein Theater, das derartige Be-  
strebungen unterstützt, zu boykottieren. Wenn jemals ein Militär-  
boykott ungerechtfertigt war, so ist es gewiß dieser.

Die Militärbehörde glaubt wahrscheinlich, daß, wo einmal sozial-  
demokratische Arbeiter den Kunstschöpfungen lauschen, der Sozialisten-  
bögellus auf alle anderen Menschenkinder, besonders aber auf solche  
im bunten Rauf, lautere.

Es wird gut sein, für Militärpersonen nicht nur Kasernen, in  
denen sie abgeordnet wohnen, sondern auch besondere Vergnügungs-  
räume und besondere Straßen und Plätze herzustellen, denn überall  
dringt die Gefahr der sozialistischen Ansteckung.

**Hildburghausen, 29. Oktober.** Gegenüber der Blättermeldung,  
daß im Bundesrathe Preußen auf die Stimmen Meinings in Sachen  
der kaiserlichen Thronfolge sicher rechnen könne, erklärt die „Vor-  
zeitung“, daß man in Meiningen zu einer Vergewaltigung  
die Hand nicht bieten werde.

Die Sprache, in der sich die Regierungsoffiziere der verschiedenen  
Bundesstaaten über die kaiserliche Angelegenheit unterhalten, läßt an  
Drohheit schon nicht mehr viel zu wünschen übrig.

**Heidelberg, 30. Oktober.** Der Heidelberger Universitätsrat  
hat 8 Korpsstudenten wegen Herausforderung zum  
Zweikampfe auf zwei Jahre von der Universität  
verworfen.

Die Herren Korpsstudenten müssen schon arg getrieben haben,  
denn sonst drückt man bekanntlich gegenüber Herausforderungen zum  
Zweikampfe mindestens ein Auge zu.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Aus  
Bahren wird der „Frank. Ztg.“ geschrieben: Der grobe  
Unfug-Paragraf dient nun auch zur Erweiterung der An-  
wendung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. In Niederbayern  
wurde ein Maurer, der aus Anlaß der Ermordung der Kaiserin  
Elisabeth von Oesterreich abfällige Bemerkungen über die Kaiserin  
machte, wegen groben Unfugs zu 10 Tagen Haft verurteilt.

In Erfurt wurde der Schmied Eisner aus Ertersdorf in  
Schlesien wegen Majestätsbeleidigung in einer Speisekammer ver-  
haftet.

Dem Genossen Schaal in Solingen, der in einem Vor-  
trag Majestätsbeleidigung begangen haben soll, ist nun die Anklage-  
schrift zugestellt worden.

**Eine Expedition nach dem Tadschei** soll, wie schon mit-  
geteilt wurde, von deutscher Seite vorbereitet werden. Als Führer  
ist Major v. Bismann in Aussicht genommen, der zur Zeit noch  
im Südwest-Afrika weilt. Es handelt sich um die Ausschließung des  
Hinterlandes von Kamerun, welches 1894 durch Verträge mit  
England und Frankreich bis zum Tadschei ausgedehnt wurde.

**Schweiz.**  
**Bern, 29. Oktober.** (Fig. Ver.) Die Vorlage betreffend das  
Verbot der Phosphor-Fabrikation ist nun parlamentarisch  
erledigt, der Ständerath hat sie einstimmig angenommen, nach-  
dem er mehrere Abänderungen, welche der Nationalrath an der  
Vorlage vorgenommen hatte, akzeptierte, einige andere allerdings  
durch frühere Bestimmungen erlosch. Hoffentlich macht deshalb der  
Nationalrath keine weiteren Schwierigkeiten. Es bleibt abzuwarten,  
ob jemand gegen das längst notwendige Gesetz das Referendum  
ergreifen und 30 000 Unterschriften sammeln wird. Die Kranken-  
und Unfall- sowie Militärversicherung, bezüglich  
deren ebenfalls einige Differenzen mit dem Nationalrath bestehen,  
dürfte dennoch vom Ständerath rasch erledigt werden.

**Frankreich.**  
**Zur Drehsus-Frage** erucht und Herr Karl Meibren um  
Abdruck des folgenden: Nachdem wir früher die interessanten Artikel  
von Meibren über die Drehsus-Angelegenheit veröffentlicht haben,  
glauben wir es ihm schuldig zu sein, auch seinen jetzigen Aus-  
führungen sowie seiner Verwahrung gegen die „Frank. Ztg.“ Raum  
zu geben. Herr Meibren schreibt:  
Man muß das vollständige Original der Staatsanwalts-Rede  
des Herrn Bard vor dem Kassationshof gelesen haben, um sich von  
der vernünftigen Logik einen Begriff zu machen, womit dieser kalt-  
blütige Jurist das ganze Gewebe militärischer Verlogenheit einschält,  
ohne je ein Wort zu viel zu sagen. Freilich sind die meisten That-  
sachen schon vorher bekannt gewesen, aber es finden sich doch einige  
neue, die wir ins rechte Licht setzen möchten.

1. Generale Belliez und Gombé erklärten unter ihrem Eid, der  
anlässlich des Rapporteurs d'Ormeville sei in der Presse  
= vollständig abgedruckt worden. Das ist ein Meineid.

2. Cavaignac hat in der Kammer erklärt, das sogenannte Ge-  
ständnis des Drehsus liege als Zeugnis geschrieben und  
unterzeichnet von der Hand des Kapitän Debrun-Renaud vor.  
Das ist eine freche Lüge. Es liegt gar nichts anderes vor, als  
Redensarten aus dritter Hand, die letzte des Oberst Guérin  
unzulässigerweise erst vom 14. Februar 1898!! Die meisterhafte  
Auswärtigenüberfabelung all der lägerischen Widersprüche in dieser  
Sache scheint mir das juristische Glanzstück in Bard's Darlegungen.

3. Die bei Esterhazy gefundenen Briefe an einen hohen General,  
den er nicht nennen wollte, lassen nicht den kleinsten Zweifel dar-  
über, daß sein Vertheidigungssystem auf einem Komplott beruht,  
das jener Mächtige mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durch-  
setzte. Henry und Path, welche letzterer sofort nach Ester-  
hazy's Freisprechung ihm verbindlich gratulierte,  
sind nur Mitteldämme gewesen. Die Verstoßtheit, mit welcher  
gewisse Blätter — vielleicht um unserer Verstonen mit beispflichten  
zu müssen? — die Erklärung Clemenceau's anzweifeln, diese be-  
lastenden Briefe seien an Boisdeffre geschrieben, vielmehr handle es  
sich um Oberstlieutenant Path, möge sich jetzt überzeugen lassen:  
„Mein General! Ich kann Ihnen nur unvollkommen (bien  
mal), weil ich keine Worte für meine Gefühle finde, die tiefe un-  
endliche Dankbarkeit ausdrücken, die ich für Sie im Herzen trage.  
Ihnen und Ihnen allein verdanke ich, daß ich nicht unterlag...“  
Soll man noch deutlicher sein?

4. In allen gegen Drehsus gerichteten Bemängelungen seines  
Privatcharakters z. B. des Oberstlieutenant Favre, der ihn als maß-  
los eingebildet schildert, ist nie und nirgends etwas von Anti-  
semitismus zu spüren. Die von uns entfaltete Mär, Drehsus sei  
blos ein Opfer des Rassenhasses, zeigt sich hier in ihrer ganzen Un-  
sinnigkeit.

5. Das Protokoll des Verhörs Cavaignac-Henry ergiebt zwei  
erstauuliche mysteriöse Thatfachen, die freilich nur dem Scharfblin-  
denden entgehen können. a) Obgleich Henry nicht weniger als  
zehnmal, wie wir genau gezählt haben, schwor, er habe  
nicht gefälscht, und immer neue Ausreden ersann, bestand  
Cavaignac mit absolut unerhörter Hartnäckigkeit darauf, bis er  
ihn endlich zum Geständnis brachte. Was gab Cavaignac diese  
keinen Augenblick wankende Gewißheit? Und was bedeutet diese  
feste Absicht, ein Geständnis zu erzwingen, das doch  
gerade Cavaignac nachher in peinlichste Lage  
bringen mußte? So was ist nicht mehr menschlich und wer  
glaubt heute noch an Cavaignac's Höhererung! Welcher Schluß  
drängt sich also auf? Daß er unter höherem Zwang handelte, daß  
jemand, dem er sich beugte, die Schuld Henry's kannte und  
wichtigsten diesen Lichtstrahl erzwingen wollte. Wer kann das  
sein als... der Zar? b) In Henry's persönlichen Geständnis  
ist aber nichts enthalten, was — in anbetacht der Militär-  
suprematie und Dedung für solch „patriotisches“ Verbrechen —  
seinen sofortigen Selbstmord erklären könnte. Uebrigens begeht ein  
Fälscher, Meinschreiber und Feigling, der mit vollem Bewußtsein Un-  
schuldige wie Drehsus und Picquart hinterläßt meuchelnde, der zehnmal  
schwört, er habe nicht gefälscht, niemals aus Ehrgefühl  
solchen Selbstmord. Seine Aussage enthält aber auch nichts, was  
andere direkt belastet, wie man geglaubt hat, was Boisdeffre's so-  
fortige Demission nötig machte. (Es sei dem, daß Bard nicht das  
ganze Verhör verlas oder daß man es ihm nicht vollständig aus-  
lieferete oder daß — wie in etwas in gerichtlichen Proto-  
kollen vorkommt — absichtlich einige gravierende Zeugnisse  
nicht protokolliert wurden.) Da nun die Ermordung Henry's fast  
sicher scheint, so ist gerade obiger Zustand erst recht verdächtig. Also  
auch ohne daß er sich schon verplündert hatte, wollte man dies  
ein für allemal unmöglich machen. Welcher Verbrecher Mitwisser  
muß er also gewesen sein?

Ich schließe mit einer persönlichen Erklärung. Lange nachdem  
ich in „Vorwärts“ meine Divination der Motive Boisdeffre's  
enthüllte, hat sich die „Frankfurter Zeitung“ bemüht ge-  
sehen, in einem Leitartikel sich ohne weiteres dies mein  
geistiges Eigentum anzueignen, mit der unklaren Wendung:  
worum es sich handle, sei „schon mehrfach angebeutet“, als ob etwa  
die „Frank. Ztg.“ selbst diese „Wendung“ gefunden habe. Da das  
geschätzte Blatt nun meine bössige Mahnung, gefälligst mein Ver-  
tragsrecht festzustellen, völlig ignorierte, so stelle ich hiermit öffentlich  
fest: „Ich allein bin für meine Divination (Kreditforderung zc.)  
verantwortlich, die ich, wie meine Kreise in Berlin wissen, schon  
vor einem Jahr mündlich überall verbreitete und schon damals  
in einer Wiener Wochenschrift publizierte, ja auch Pola persön-  
lich davon sofort in Kenntnis setzte.“

**Die Kabinettsbildung** ist noch nicht vollendet, es scheint aber  
gewiß, daß Dupuy als Ministerium zu Stande bringt und zwar  
mit Freycinet als Kriegsminister und mit Auschluss Ribot's, der  
bekanntlich für einen der eifrigsten Befürworter der Revision des  
Drehsus-Prozesses gilt. Hierin ist wahrscheinlich der Grund seines  
Ausschlusses zu suchen, und nicht darin, daß er Protestant ist, wie  
in einem Telegramm behauptet ist, und daß zwei Protestanten  
(Freycinet ist Protestant) in dem Cabinet „zu viel wäre.“ Die neueste  
Ministerliste lautet:

Präsident und Innerer Dupuy, Justiz Lebret, Krieg Freycinet,  
Marine Loche, Auswärtige Angelegenheiten Delcassé, Finanzen  
Peytral, Unterricht Legerues, Handel Delombre, Ackerbau Biget,  
Öffentliche Arbeiten Arany, Kolonien Guillaum.

**Paris, 30. Oktober.** Die revisionsfreundlichen Blätter be-  
grüßen die Entscheidung des Kassationshofes als einen Sieg und  
sprechen die Ueberzeugung aus, nichts werde die laute Verleumdung  
der Unschuld Drehsus mehr verhindern können; sie meinen, die  
Entscheidung sei geeignet, alle Franzosen, welche Achtung vor der  
Justiz haben, zu beruhigen. — Die revisionsfeindlichen Blätter  
greifen die Entscheidung heftig an; „Gaulois“ und „Clair“ sagen,  
die Revision sei noch keineswegs sicher.

Der „Figaro“ meldet, Esterhazy sei aus den Listen der Ehren-  
legion gestrichen worden.

**Paris, 31. Oktober.** Seit gestern werden auf den Straßen  
unentgeltlich illustrierte Plakate vertheilt, welche Erklärungen von  
fünf ehemaligen Kriegsministern betreffend die Schuld des Drehsus  
enthalten. Die republikanischen Blätter stellen die Frage auf, wer  
die Kosten dieser Propaganda befreite, und verlangen, daß die fünf  
Kriegsminister dem Kassationshofe die Beweisküde vorlegen, auf  
die sie ihre Ueberzeugung stützen.

Der Kassationshof wird wahrscheinlich am Donnerstag die  
Untersuchungs-Kommission für die Drehsus-Angelegenheit ernennen.  
Senator Kane hat die Erlaubnis erhalten, Picquart zu be-  
suchen.

**England.**  
**Im englisch-französischen Streitfall.** Die Londoner Blätter  
melden, daß sich infolge des letzten Kabinettsrathes vom Donnerstag  
die Admiralität über eine große Schiffs-Demonstration  
schlüssig gemacht habe und umgehend die Küsten- und Hafen-Wacht-  
schiffe-Geschwader zusammen mit anderen Schiffen zu mobilisieren  
beabsichtige. Aus allen diesen Schiffen solle ein für alle  
Fälle bereitstehendes Geschwader gebildet werden.  
Der genaue Zweck und die mit diesem Befehl verbundene Absicht  
sind nicht positiv bekannt, dieselben würden aber in Marinekreisen  
mit der englisch-französischen Streitfrage in Verbindung gebracht.  
Man nehme an, das Geschwader werde im Plymouth-Sund zusammen-  
gezogen werden, verschiedene Schiffe seien unentwärtet in Plymouth  
eingetroffen.

**Italien.**  
**Sozialisten-Verfolgungen.** (Fig. Ver.) In Turin ist  
am 27. Oktober Fel. Paola Lombroso, die Tochter des be-  
rühmten Professors, wegen eines Artikels, den sie im dortigen  
sozialistischen Organ „Crisi del Popolo“ veröffentlicht hatte, zu  
3½ Monaten Gefängnis und 100 Franken Strafe verurteilt worden.  
Der verantwortliche Redakteur des genannten Blattes erhielt sechs  
Monate Gefängnis und 400 Fr. Geldstrafe.  
Der Verantwortliche des „Avanti“ in Rom wurde zu sechs  
Monaten Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe verurteilt. — Am  
2. November ist ein neuer Prozeß gegen den „Avanti“, Angeklagt  
ist der Genosse Dr. Schiavi, der im Monat Mai zur Zeit der  
Revolution verantwortlich zeichnete.

**Rom, 27. Oktober.** (Fig. Ver.) Wir berichteten kürzlich, daß  
in einem Orte der Romagna und in seinem andern in Toskana  
die beiden vom Mailänder Kriegsgericht Verurtheilten: Genosse  
Turati und der Republikaner de Andreis, bei den Kommunal-  
wahlen als Protestanten aufgestellt waren. In beiden Orten  
haben sie die Mehrheit der Stimmen erhalten.

Aus San Salvatore (Piemont) kommt die Nachricht, daß  
die Wäuer der Kommission, welche die Aufgabe hat, die Verurtheilung  
der von der Phylaxera insizierten Weinböden vorzunehmen, Widerstand  
entgegenzusetzen. Dabei schossen die Carabinieri in die Massen und  
tödteten 4 Personen und verwundeten etwa 20.

In Turin wurde ein Anarchist wegen Verbreitung von  
anarchistischen Zeitungen zu fünf Jahren Gefängnis verurtheilt. —  
**Rom, 31. Oktober.** Die Einberufung des Parlaments zum  
16. November wird heute amtlich bekannt gegeben.

**Rußland.**  
**Anfänge zu einer Arbeiterpartei in Finnland.** Aus  
Helsingfors wird geschrieben: Am 15. Oktober fand hier eine  
Zusammenkunft der finnisch sprechenden Arbeiter statt, um die Frage  
zu erörtern, ob die Arbeiter der Hauptstadt an der bevorstehenden  
Wahl für den außerordentlichen Landtag theilnehmen sollten oder  
nicht, da das allgemeine Wahlrecht noch nicht eingeführt sei. Gleich  
zu Anfang wurde ausgesprochen, die Arbeiter sollten sich von der  
Wahl ganz fernhalten und dadurch den übrigen Gesellschaftsklassen  
zeigen, wie ungerecht sie (die Arbeiter) behandelt werden. Schließ-  
lich wurde jedoch beschlossen, daß die Arbeiter an der Wahl  
theilnehmen sollten, wenn die Wahlberechtigten aller Parteien,  
von eigenen Vortheilen absehend, sich dabei einigen würden, daß  
ein Wahlkomitee gebildet werde, mit der Aufgabe, eine Kandidaten-  
liste aufzustellen in der Weise, daß alle Schichten des Volkes in ge-  
rechter Proportion zu ihrer Anzahl darauf vertreten seien. In einer  
meisterhaften Rede wies der Schreiber Laimo nach, daß die beiden  
leitenden Parteien in Finnland, die Schwedomanen und Fennomanen,  
d. h. die Schwedisch und die finnisch sprechenden, gegen die Arbeiter  
wären. Es sei an der Zeit, daß die Arbeiter ihre Angelegenheiten  
selbst in die Hand nehmen und eine eigene Partei bilden. Nach  
mehreren Reden in demselben Sinne beschloß die Versammlung  
folgendes:

Die Arbeiter der Stadt Helsingfors, welche schon lange gemerkt  
haben, daß sie andere Ansichten vertreten als die beiden Sprachen-  
parteien, haben besonders in letzter Zeit in erhöhtem Maße eingesehen,  
wie die Macht haben ihre Vertheilungen und Wünsche mißver-  
standen; und um diesen Macht haben jedes Vormundschaftsrecht  
über die Arbeiter, sowie das Recht, das unter anderem gewisse  
Zeitungen sich oft anmaßen, im Namen des ganzen Volkes zu  
sprechen abzuerkennen, proklamirt sich jetzt das Arbeiterkorps der  
Hauptstadt als eine selbständige Partei. Die Versammlung beschloß  
darauf, alle Hochvereine und andere Arbeitervereine in der Stadt  
aufzufordern, zwei Vertreter in ein Komitee zu wählen, das die  
Partei organisiren solle. Man wird also von jetzt an auch in Fin-  
land mit einer Arbeiterpartei zu rechnen haben, und zwar er-  
freulicherweise mit einer, die da sagt: Was geht uns der Sprachen-  
streit an, Nachhader sind Nachhader, gegen sie wenden wir uns  
und fordern von ihnen unser Recht, sie mögen finnisch oder  
schwedisch sein.

**Türkei.**  
**Aus Kandia** melden die „Times“, der türkische Gouverneur  
Jemal Pascha erkläre, er habe keine Anweisungen von der Porte  
bezüglich der Entfernung der noch auf Akreta stehenden türkischen  
Truppen erhalten. Die Admirale hätten dem Gouverneur mitgeteilt,  
daß nach dem 4. November die türkische Verwaltung auf der ganzen  
Insel aufhören werde.

Nach weiteren Verichten aus Kandia sind dort am Sonnabend  
fünf Teilnehmer an den jüngsten Aufhebungen hingerichtet und  
vier zu Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Die die „Tribuna“, ein offizielles Organ der italienischen  
Regierung berichtet, wird Akreta nicht in vier, sondern in  
fünf Zonen eingetheilt, von denen die eine mit Aenea international  
bleiben soll.

**Uffen.**  
**Aus Peking** meldet das „Reuter'sche Bureau“: In Beant-  
wortung der Forderung der Gesandten, betreffend die Zurückziehung  
der Truppen von der Eisenbahnlinie, gesteht die chinesische Regierung  
den Mangel an Disziplin bei den Truppen zu und erklärt, die  
Zurückziehung der Truppen sei bereits vor dem Empfang der Forde-  
rung beschlossen worden. Die Gesandten werden jetzt auf der sofortigen  
Zurückziehung bestehen. Der britische Gesandte Macdonald verlangte  
außerdem die Absetzung des Offiziers, der die betreffende Truppen-  
abtheilung befehligt. — Zwei Soldaten, welche an dem  
Ueberfall auf die Engländer an der Eisenbahn theilgenommen hatten,  
wurden in Gegenwart eines Mitgliedes der britischen Gesandtschaft  
mit Peitschenhieben bestraft.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Shanghai hat infolge  
Stillstandes der Verhandlungen der französischen und chinesischen  
Behörden bezüglich der Streitigkeiten mit der Kiangsu-Gilde wegen  
des Ueberfalles französischer Matrosen vom 16. Juli der französische  
Konul den Chinesen mitgeteilt, daß er mit einem Kriegsschiff nach  
Nanking kommen werde, wenn die französischen Ansprüche nicht um-  
gehend befriedigt würden.

**Afrika.**  
**Aus Kairo** wird der Wiener „Polit. Korrespondenz“ gemeldet,  
daß daselbst neuerdings eine Gruppe von Anarchisten eingetroffen ist,  
eine weitere ist signalisirt. Die Gefangennahme der drei aus  
Alexandria nach Palästina entkommenen Anarchisten ist bisher nicht  
geklärt.

Daß wir diese Mittheilung bloß mit allem Vorbehalt wieder-  
geben können, versteht sich nach der tragikomischen Geschichte dieses  
Attentats von selbst.

**Amerika.**  
**Zum chilenisch-argentinischen Grenzstreit.** Einer Meldung  
der „Times“ aus Buenos-Aires zufolge werden wegen des Ab-  
kommens in der Puna- und Atacama-Frage die chilenische und die  
argentinische Regierung je fünf Delegirte ernennen, welche in den  
ersten vierzehn Tagen des November in Buenos-Aires zusamen-  
treten sollen, um sich über die Frage zu einigen. Falls  
ihnen dies nicht gelingt, wird je ein Delegirter von  
jedem Lande bestimmt werden, zu dem der amerikanische  
Gesandte in Argentinien als dritter hinzutritt, welche eine Ent-  
scheidung herbeiführen sollen. Diese Delegirten sind ermächtigt, ein  
freundschaftliches Abkommen über die Hauptfrage zu treffen, um die  
Verzögerung und die Unkosten zu vermeiden, welche durch ein  
Schiedsgericht erwachsen würden. Die Annahme dieses Abkommens  
wird als gesichert betrachtet; damit dürfte dann der augenblickliche  
Zustand des bewaffneten Friedens sein Ende erreichen.

**Preussische Landtagswahlen.**  
Weitere bemerkenswerthe Wahlergebnisse liegen nur noch in ge-  
ringer Anzahl vor. Die Konservativen haben noch einige Verluste  
mehr zu verzeichnen, da ihnen der Wahlkreis Rathor, der 1893  
einen Konservativen und einen Freikonservativen wählte, vom  
Zentrum entziffen ist. Ein von den bisherigen zwei Mandaten in  
Schweidnitz-Striegau haben die Konservativen freiwillig  
dem Zentrum überlassen, und den Kreis Pinneberg haben sie  
an die Freisinnigen verloren.

Hierzu stellt sich die Verhältnisse der Konservativen  
und Freikonservativen folgendermaßen: An die Freisinnigen  
haben sie verloren Königsberg, Ostst. (2), Nordhausen, Konitz,  
Pinneberg; an die Nationalliberalen Hoyerstadt, Zennsburg,  
Siegen, Marienwerder, Sangerhausen, Moers, Hamm; an das  
Zentrum Ratibor (2), Schweidnitz-Striegau.

Dieses 18 Verluste stehen gegenüber 6 Gewinne, nämlich je  
ein Mandat in Bielefeld und Wanzleben von den Nationalliberalen,  
je eins in Strassburg i. N. und Posen-Land sowie 2 in Wogrowitz-  
Mogilno von den Polen.

Die Nationalliberalen haben verloren an die frei-  
sinnige Volkspartei Hagen (2), Frankfurt a. M. (2), Görlitz, Brom-



Berg, an die freisinnige Vereinigung Kiel, Königsberg, Königs, an die Konserwativen Mittel und Langen. Diesen 11 Vertriebenen stehen bisher 7 Gewinne gegenüber, je ein Mandat in Marienwerder, Hohenswerda, Sangerhausen, Moers, Hamun, Flensburg, Siegen von den Konserwativen bzw. Freikonserwativen.

Die freisinnige Volkspartei hat gewonnen von den Konserwativen Götlich (2), Königsberg, Nordhausen, Königs, Pünneberg; von den Nationalliberalen Hagen (2), Frankfurt a. M. (2), Götlich, Bromberg, im ganzen also 12 Mandate. Verloren hat sie Posen-Land an die freisinnige Vereinigung.

Die freisinnige Vereinigung verzeichnet als gewonnen vier Mandate, von den Nationalliberalen je eins in Kiel, Königsberg und Königs, und eins in Posen-Land von der freisinnigen Volkspartei.

Das Zentrum dürfte im allgemeinen seinen Bestand behaupten haben. Sicher gewonnen hat es von den Konserwativen Ratibor (2) und Schwednitz-Striegen.

Die Polen haben die beiden Mandate in Wogrowitz-Mogilno und je ein Mandat in Strassburg i. U. und Posen-Land an die Konserwativen verloren; sie haben in mehreren Kreisen den Ausschlag zwischen Mittelparteilern und Freisinnigen zu geben, so in Posen und Thorn-Kulm.

Die Dänen endlich scheinen ihre beiden Mandate behauptet zu haben.

So wird also das neue Abgeordnetenhaus eine kleine Verschiebung nach links aufweisen. Einige noch ausstehende Resultate können wohl noch diese oder jene Zahl ändern, auf das Gesamtbild aber sind sie ohne Einfluss. Eine neue Erscheinung bildet im preussischen Landtage die Anwesenheit des Demokraten Sanger (Frankfurt a. M.), den wir in unserer Zusammenstellung unter die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei rubriziert haben. Ferner ist es neueren Nachrichten zufolge nicht ausgeschlossen, daß in Lingen-Wentheim an Stelle des bisherigen Konserwativen Daminck der Nationalsoziale v. Werlach mit Hilfe des Zentrums gewählt wird.

**Für die Konserwativen und Freikonserwativen** rechnet auch die „Post“ einen Verlust von je 5 Mandaten heraus, zieht aber aus der Tatsache, daß die Konserwativen ganz überwiegend allein auf ihre Kraft angewiesen waren und mit einer aus Freisinnigen, Nationalliberalen, Merkmalen und Sozialdemokraten (1) zusammengesetzten Gegnerschaft zu kämpfen hatten, und daß sie überdies infolge von Kompromissen, zum größeren Teile im Zusammenhange mit Reichstagswahlen, vier Mandate mehr an die Liberalen abgegeben hatten, als sie von ihnen erhielten, den Schluss, daß die Konserwative Strömung innerhalb der Bevölkerung unverändert stark ist, und daß der Zug nach links nur in einzelnen Wahlkreisen und in einigen Kreisen der Bevölkerung wirklich vorhanden ist, das Gros der Konserwativen Wählerschaft von demselben aber in keiner Weise berührt ist. Werden in der Folge Ueberhebungen auf rein politischen oder wirtschaftspolitischen Gebiete, wie sie in der letzten Legislaturperiode vereinzelt vorgekommen sind und zweifellos schädlich gewirkt haben, verniedert, so berechtigt der Ausgang der jetzigen Wahlen zu der sicheren Hoffnung, daß die Konserwativen in Zukunft ihre Stellung nicht nur behaupten, sondern noch verstärken werden. Wenn sich die Herren vor nicht täuschen! Die Reichstagswahlen, die doch ein besserer Maßstab für die Stimmung der Wählerschaft sind, haben doch zur Genüge bewiesen, daß das Volk von den Volksanscheinern und Volksunterdrückern nichts wissen will.

**Aus dem freisinnigen Lager.** Der bisherige Vertreter des 1. Berliner Landtags-Wahlkreises, Dr. Herms, soll für ein Landtagsmandat in Götlich in Aussicht genommen sein, nachdem seine bisherigen Wähler ihn abgelehnt haben. Bekanntlich ist für Götlich Kellner Kopsch in Aussicht genommen, dem auch ein Mandat in Berlin II sicher ist. Von anderer Seite verläutet freilich, daß Kopsch in Götlich amintut. Dann würde ein Mandat in Berlin II frei, um welches sich Dr. Herms wohl bewerben würde.

Der Chefredakteur der „Volls-„Zeitung“, Herr Karl Vollrath, bittet die Wahlmänner, die für ihn stimmen wollen, im Hinblick auf ein einheitliches Vorgehen gegenüber der Reaktion sich für seine Kandidatur im gegenwärtigen Stadium des Wahllampfes nicht mehr interessieren zu wollen.

**Die Redaktion der „Brandenburger Zeitung“** theilt mit, daß auf ihre Anfrage von den in Aussicht genommenen vier freisinnigen Kandidaten die Herren Fischer, Schulze und Biell sich verpflichtet haben, im Falle ihrer Wahl für die Einführung des Reichstags-Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus, sowie für eine entschiedene Bekämpfung aller auf eine weitere Schmälerung der Volksrechte gerichteten Maßnahmen einzutreten. Der vierte Kandidat, Herr Amtsgerichtsrath Schröder, ist der Erklärung ausgewichen, indem er den Originalbrief mit der auf eine leere Seite desselben geleiteten Bemerkung zurückandte, er habe bereits gebeten, von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen. Herr Schröder denkt also nicht daran, sich über seine Stellung zum Wahlrecht und zu den sonstigen Volksrechten auszulassen.

**Gegen die Wahl des Kaplans Dabach** scheinen seine Zentrumsgeossen sehr entschiedene Bedenken zu haben. So schrieb Abgeordneter Dr. Kinteln an den Führer der Zentrumsgruppe in Trier, daß er die Kunde von der Dabach'schen Kandidatur mit großem Bedauern vernommen habe. Abgeordneter Koerner schreibt, daß die Dabach'sche Kandidatur einen bleibenden Riß im dortigen Zentrum herbeiführen werde, und Abgeordneter Dr. Krinborn erklärt, daß er alles Mögliche getan habe, um dem Kreise die Kandidatur Dabach's zu ersparen. Herr Dabach gehörte zu denjenigen Zentrums-Abgeordneten, die ab und zu warm für die Interessen der Arbeiter eingetreten sind und der deshalb vielleicht das Mißfallen seiner Fraktionskollegen erregt hat.

**Der Reichsgerichtsrath Dr. Spahn** (Zentrum), der in der letzten Legislaturperiode des preussischen Landtages den Wohlthätig-Kuchen im Abgeordnetenhaus vertrat, hat nach der „Allg. Ztg.“ erklärt, kein Mandat mehr für dieses annehmen zu können. Dem Reichstagsgehort er als Vertreter des Wahlkreises Bonn an.

## Partei-Nachrichten.

**Eine Erinnerung an das Sozialistengesetz.** Genosse Adolf God in Offenburg in Baden schreibt im Anschluß an das zur Zeit viel genannte Wort Deynhause:

„In dem wechselvollen Lebenslauf unseres „Vollsfreunds“ spielt der Name Deynhause indirekt auch eine Rolle. Anfangs März des Jahres 1887 erschien das Blatt nach seiner Strangulierung unter der Maske „Parlaments- und Gerichts-Zeitung“ (Unpolitische Zeitung). Es hatte sich glänzend bis zur Nr. 4 vom 9. März zwischen den Nationalistischer (amtlich-schwarzen) Fingergelb hindurchgeschlängelt, da traf diese Nummer der Dolch der Volkzieher des Sozialistengesetzes und auch mit dieser Retamorphose des „Vollsfreunds“ war es zu Ende; die Parlaments- und Gerichts-Zeitung“ hatte ausgelebt. Sie bedrohte den Bestand der hochheiligen Gesellschaftsordnung durch den wörtlichen Abdruck einer in der „Zähler-Zeitung“ unbeanstandet gebliebenen Mitteilung aus Deynhause. Die dortige Wangelgesellschaft hatte bei einer Submissions der Tischlerarbeiten (Anschlag 25000 M.) über eine Vereinbarung von sechs Tischlermeister, die um nur 1500 M. in ihrer Forderung höher waren, als die geringste Forderung der Deynhause-Fabrikanten, den Sieg davongetragen. Dazu bemerkte die „Zähler-Zeitung“:

Es ist dies ein abermaliger Beweis, wie nutzlos der Kampf des Handwerks gegen die Fabrikindustrie ist, ein Beweis, daß der Handwerker, trotz aller Versprechungen und Aufmunterungen, trotz Fortbildungsschulen und allem Möglichen, unrettbar zum Nieder verurteilt ist, wenn er nicht die Mittel besitzt, sein Geschäft mit Dampfkraft und Maschinen zu betreiben und dadurch Fabrikant zu werden. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß das Reich für die Hochschifferei achtmal 80000 M. Unterzählungen be-

willigt, daß ferner für die Ausgrabungen altgriechischer Stein-denkmäler Hunderttausende geopfert wurden, aber dem Handwerker könne man nicht 1500 M. mehr für seiner Hände Arbeit bezahlen und ihn dadurch in den Stand setzen, auch seinerseits den Beweis zu liefern, daß er im Stande sei, derartige größere Arbeiten zur Zufriedenheit der bauleitenden Behörden auszuführen. Es sei dem Handwerker gewissermaßen als Erbteil in die Wiege gelegt, daß er bei allem Fleiß- und Ausdauer aus der Sorge um die Existenz nicht herauskomme, und eben dies allein sei die nicht wegzuleugnende Ursache, daß mehr und mehr die heranwachsende Jugend sich allem Möglichen, nur nicht dem Handwerk widme; und wenn man die Stellung z. B. der untersten Klasse der Staatsbeamten mit der des kleinen Handwerkers vergleiche, so könne man es wahrlich niemandem verdenken, wenn er lieber täglich 6-8 Stunden in einem beschönigten Bureau an Wuchstaben male, als von früh bis spät in dumpfger Werkstatt sich abzugeben, ohne Aussicht, jemals mit Pension in den Ruhestand treten zu können.

Den Frevler dieses Abdrucks mußte unser Blatt mit dem Tode lähen. Man muß an diese Schmachzeit erinnern, wenn allezeit wieder nach einem Sozialistengesetz gerufen wird.“

**Eine Arbeiter-Versammlung in Halberstadt** beschloß Vetheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen.

**Aus Oberfranken.** Die Nachricht bürgerlicher Blätter, in Wahrenth werde vom 1. November an ein neues sozialdemokratisches Organ herausgegeben werden, ist, wie die in Hof erscheinende „Oberfränkische Volkszeitung“ mitteilt, aus der Luft gegriffen.

## Vollzeitliches, Gerichtliches etc.

Die Magdeburger „Vollstimme“ bemerkt zu Bebel's Antwort an den Landgericht's-Direktor Kromm, daß ihre Redakteure künftig diesen Herrn als Richter ablehnen würden. Man wolle feststellen, ob Anzeigen, wie sie derselbe gegeben hat, an Gerichtsstelle zulässig sind. — Redakteur Albert Schmidt ist vom Untersuchungsrichter wegen Zeugnis-Verweigerung zur Strafe; von 300 Mark oder 6 Wochen Haft verurteilt worden. Wegen Veröffentlichung einer in Baghdad spielenden Erzählung, die eine Beleidigung des deutschen Kaisers und eines Mitgliedes des königlichen Hauses enthalten soll, ist gegen den früheren verantwortlichen Redakteur Müller ein Majestätsbeleidigungs-Prozess anhängig. Zur Ermittlung der Täterschaft war auch Schmidt geladen; bei zwei Vernehmungen verweigerte er die Aussage unter Berufung auf § 54 der Strafprozess-Ordnung, wonach jeder Zeuge Anstalt auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung ihm die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuzieht. Bei der dritten Vernehmung wurde Schmidt verurteilt. Er wird Berufung einlegen. Da Schmidt bis jetzt noch völlig unbestraft war, ist es auffällig, daß der Untersuchungsrichter gleich auf ein so hohes Strafmaß erlante. — Der jetzige verantwortliche Redakteur der „Vollstimme“, Genosse Pistorius, soll gegen § 131 des Strafgesetzbuchs verurteilt haben, weil er den Scherz des Herrn v. d. Mede dahin interpretiert hat, daß bei Ausläufen und Anmahlungen „sogar eingekerkert und geschossen“ werden solle. Den Strafantrag hat, wie die „Vollstimme“ mitteilt, der Polizeipräsident Kehler gestellt.

Der zur Zeit im Gefängnis weilende Redakteur H. Weder vom Saalfelder Volksblatt wurde vom Landgericht in Rudolstadt wegen zweifacher Beleidigung des Fabrikdirektors Seyffert in Schwarzburg zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um eine Kritik der Unregelmäßigkeiten, die bei der Reichstagswahl in Schwarzburg vorgekommen sind, sowie um die Kritik eines Flugblattes, das der Fabrikant Seyffert gegen unsere Partei geschrieben hatte. Seyffert, der bei der Wahl als Wahlvorseher fungiert hat, fühlte sich durch die betreffenden Notizen des „Saalfelder Volksblattes“ beleidigt. In der Verhandlung vor dem Landgericht ließ der Staatsanwalt die auf die §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuchs gestützte Anklage in Beziehung auf den letzteren Paragraphen fallen, auch bezogener die Andeutung als nicht schön, die Seyffert in seinem Flugblatt gegen unsere Partei gebraucht hatte. Der Gerichtshof hielt aber die Anklage in vollem Umfange aufrecht, weil die Beleidigung nicht ergeben habe, daß der Wahlvorstand zu den Unregelmäßigkeiten in Beziehung stand. Das ist, wie das „Saalfelder Volksblatt“ mitteilt, in den inkriminierten Notizen aber auch nicht behauptet worden.

Redakteur Kehler von der Mannheimer „Vollstimme“ hat am 26. Oktober das Gefängnis nach Verbüßung einer vierwöchigen Freiheitsstrafe verlassen, die ihm wegen Beleidigung auferlegt worden war.

## Gewerkschaftliches.

### Deutsches Reich.

**Eine recht unpassende Bemerkung** über die Stellung einiger sozialdemokratischer Blätter zur Tarifbewegung der Buchdrucker leistet sich der „Correspondent“ in der Nummer vom 27. Oktober. Es heißt da:

Nicht nur die Fachpresse, sondern auch zahlreiche Blätter aller Parteirichtungen haben zumeist in einsichtsvoller Weise von diesem gewerblich und sozial bedeutungsvollen Vorgange Notiz genommen. Wie es sich von selbst versteht, sind im brüderlichen Einvernehmen einzelne sozialdemokratische und ultramontane Organe mit dem „Buchdrucker-Wacht“ bemüht, diese Gelegenheit auszunutzen, um die Tarifbewegung zu diskreditieren und namentlich den Verband durch die Gasse zu zerren.“

Dem Buchdruckerorgan sollte zunächst bekannt sein, daß aus anderen Gründen als die ultramontanen Fehrgänge einige sozialdemokratische Blätter der Tarifbewegung fernstehen. Während die ultramontanen Blätter vom rein arbeitserfeindlichen Standpunkt dieser Bewegung entgegensehen, sind die sozialdemokratischen Blätter, gegen die der Hieb sich richten soll, in prinzipiellem Gegensatz zu jeder Bindung des Arbeitsverhältnisses auf längere Dauer, wie es der Tarif will. Wenn man aber diese Beweggründe kennt, und trotzdem diese Organe mit der Bemerkung „wie es sich von selbst versteht“ zusammenkopelt mit ausgesprochen arbeitserfeindlichen Blättern, dann ist das eine höchst unkluge Kampfweise, die ihr Ziel vollständig verfehlt, um so mehr als im allgemeinen unsere Parteipresse der gegenwärtigen Buchdruckerbewegung sehr sympathisch gegenübersteht. Mag der „Correspondent“ seine Angriffe, wenn er glaubt, daß er dazu Anlaß hat, gegen die Blätter richten mit Nennung ihres Namens, diese allgemein gehaltenen Angriffe sind unbedeutend und vor allen Dingen geeignet, die Leser über den wirklichen Standpunkt der sozialdemokratischen Presse zu täuschen.

**Zur Buchdruckerbewegung.** Wie aus Arefeld mitgeteilt wird, ist der Tarif von sämtlichen Buchdruckerereien, mit Ausnahme der Druckererei der Niederrheinischen Volkszeitung, anerkannt. Dafür ist auch der Verfasser der Zeitung als warmer Arbeiterfreund-licher Kreise bekannt.

**Der Vorstand des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes** theilt mit, daß die Annahme, der Vorstand habe den Forderungen der Bergleute unterbreitet, unrichtig ist. Man habe die Absicht, erst die Versammlung der Dortmunder Bergleute abzuwarten, ehe weitere Schritte unternommen werden. Diese Versammlung findet am 13. November statt.

**In Alzey** haben die Gewerkschaften die Gründung eines Kartells beschlossen.

### Ausland.

**Die streikenden Wiener Buchbinder** haben unter dem Vorsteh der Regierungsrathes Kulla mit den Unternehmern über die Beilegung des Streiks unterhandelt. Das getroffene Uebereinkommen bezieht sich auf vierundzwanzig Unternehmern, die circa 1300 Personen beschäftigen. Vereinbart wurde die neunmonatliche Arbeitszeit; die Eintheilung bezüglich des Beginns der Arbeitszeit und der Pausen wird in den einzelnen

Berichten gemeinsam mit den Veronalen geregelt. Der Minimallohn wird prinzipiell bewilligt. Für Ausgelernte wird der Minimallohn im ersten Jahre 7 fl. pro Woche, nach zwei Jahren 9 fl. pro Woche betragen. Die übrigen Arbeiter, die professionell herangebildet sind, erhalten einen Minimallohn von 10 fl. pro Woche. Arbeiterinnen erhalten (ungelernte) in den ersten 14 Tagen 2 fl. 50 kr. pro Woche, bis zu drei Monaten 3 fl. pro Woche und sodann aufsteigend bis zu einem Jahre 6 fl. pro Woche. Spezialstinnen erhalten einen Minimallohn von 8 fl. pro Woche. Für Arbeiten außer Haus wird eine Prozentige Erhöhung bewilligt. Die Unternehmer stimmen der Aufstellung einer gemeinsamen Tarifkommission zu, die die Uebereinstimmung regelt. In den Fabriken werden Arbeiterauschüsse (sogenannte Fabrik-Ausschüsse) gewählt und aufgestellt. Gegen das Vertrauensmänner-System wird nichts eingewendet. Die Uebereinstimmung werden mit 20 pCt. Erhöhung für die erste und zweite Stunde, mit 30 pCt. Erhöhung für die dritte Stunde bezahlt. Der 1. Mai wird nach vorhergehendem Ansuchen der Majorität der in einer Werkstätte beschäftigten Arbeiter freigegeben. Wegen der Vetheiligung an dem Streik wird niemand entlassen.

Die Arbeiter haben am Sonntag über diese Vereinbarung beraten und dürfte somit das Ende des Ausstandes eintreten. Die Bedingungen sind für die Arbeiter höchst ehrenvolle und enthalten im allgemeinen ein weites Entgegenkommen zu ihren Forderungen.

**Die Bergarbeiter in Johndorf** (Steiermark) haben in einer großen Versammlung beschlossen, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung zu fordern. Die christlichen Bergarbeiter des Distrikts haben sich an das Parlament gewandt, um durch eine Petition ihre Wünsche zu unterbreiten.

**Aus Graz** (Steiermark) wird gemeldet, daß 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen der staatlichen Tabakfabrik in Fürstentals die Arbeit niedergelegt haben.

## Die Pest

hat in Wien ein drittes, hoffentlich ihr letztes Opfer dahingerafft. Die Wärterin Becha ist Sonntag Nacht um 2 1/2 Uhr ihren langen Leiden erlegen. Sie wurde neben Dr. Willner begraben. — Die übrigen wegen Verdachts der Pestkrankheit isolierten Personen befinden sich wohl. Da bei der zuletzt erkrankten Wärterin Gischl Pestinfektion völlig ausgeschlossen ist und dieselbe wahrscheinlich an Darmerkrankung leidet, wird die Ausgabe von Bulletin jetzt eingestellt.

Man nimmt an, daß in Wien nun jede Gefahr einer Pest-erkrankung gänzlich geschwunden ist. Der Ausbreitung der Pest in Zentral-Asien will die russische Regierung häufig entgegengetreten. Der deutschen „St. Petersburg Zeitung“ zufolge engagierte die Kommission zur Verhütung der Pestverschleppung 30 Aerzte und 10 Aerzinnen zur sofortigen Abreise nach dem Samarkandgebiete. Ein Theil der Aerzte ist bereits dorthin abgegangen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**München, 31. Oktober.** (W. S.) Das hiesige Landgericht I verurtheilte heute den verheirateten Staatsanwalt Alexander Schalk aus Duisburg wegen Sittlichkeitsvergehens zu 50 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis.

**Coburg, 31. Oktober.** (W. S.) Zwischen Groß-Ranzitz und Schraitendorf stießen infolge falscher Weichenstellung mehrere beladene Güterwagen zusammen und wurden zertrümmert. Verletzt ist niemand.

**Paris, 31. Oktober.** (W. S.) Die Mitglieder der Strafkammer des Kassationshofes traten heute Nachmittag bei verschlossenen Thüren im Verhandlungszimmer zusammen, um sich über die Art und Weise schlüssig zu machen, in welcher die durch den Gerichtsbeschluss vom Sonnabend angeordnete ergänzende Untersuchung in dem Drehfus-Prozesse erfolgen soll. Es ist wahrscheinlich, daß im Laufe dieser heutigen Verhandlung der Rath oder die Räte werden bestimmt werden, die mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt werden sollen.

Andereorts wird berichtet, der Advokat Léonard habe eine Beschwerde eingereicht wegen Veröffentlichung der Depesche, welche Esterhazy an ihn gerichtet hatte und welche von dem Advokaten Morand in dem Kassationshofe verlesen worden ist.

**Paris, 31. Oktober.** (W. S.) Cabanes, der Advokat und Berater Esterhazy's, richtete an den Untersuchungssekretär für Posten und Telegraphen ein Schreiben des Inhalts, daß die englischen Behörden ihm mitgeteilt hätten, sein telephonischer und sonstiger Verkehr mit Esterhazy sei in Frankreich Gegenstand gewisser Ueberwachung. Cabanes befragt sich lebhaft über derartige Vorkommnisse.

Der Untersuchungsrichter hat die Klage Jola's gegen das „Zeit Journal“ wegen Fälschung abgewiesen. — Es verlautet in den Wandelgängen des Justizpalastes, zwei Räte des Kassationshofes hätten sich in das Kriegsministerium begeben, um Kenntnis vom geheimen Dossier zu nehmen, wodurch die Räte der Räte werden machen, das Aktenstück herauszugeben, und nur die Durchsicht gewisser Theile desselben gestatten.

**Paris, 31. Oktober.** (W. S.) Cabaignac richtete an den Präsidenten der Kriminalkammer des Kassationshofes, Locto, ein Schreiben, in welchem er verlangt, im Laufe der ergänzenden Untersuchung vernommen zu werden, da er unter den wenigen Personen, welche die vor dem Kassationshof vorgebrachten unrichtigen Behauptungen richtig stellen können, allein vollständige Aktionsfreiheit besitze. Vorläufig wolle er berichten, daß er keineswegs, wie Pard behauptete, bei Verlesung des Rapports Ledru-Renauld's von dem Wortlaute abgewichen sei; ferner stelle er fest, daß der Name des Agenten, welcher das Bordereau überbrachte, ihm und einigen anderen bekannt sei.

**London, 31. Oktober.** (W. S.) Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Liverpool ist der aus Sierra Leone heimkehrende Dampfer „Calabar“ der „British and African Company“ bei Great Bassa (Republik Liberia) gestrandet und erleidet wahrscheinlich vollkommenen Schiffbruch. Verlust an Menschenleben ist nicht zu bezagen. Der Dampfer „Gathurst“ geht zur Hilfeleistung ab.

**London, 31. Oktober.** (W. S.) Ein heftiges Unwetter hat im Süden Londons großen Schaden angerichtet. Dächer wurden abgedeckt, Bäume entwurzelt und auf den Straßen Wagen umgeworfen.

**London, 31. Oktober.** (W. S.) Wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, herrscht Verichten aus Devonport, Plymouth und Portland zufolge, daselbst größte Mährigkeit. Die dortigen Kriegsschiffe werden in Seebereitschaft gebracht und nehmen Kohlenvorräte und Kriegsmaterial ein. Auch Mannschaften werden an Bord gesandt und die Ueberladung der Artilleristen wurde eingestellt. „Ball Roll Gazette“ sagt, sie sei in der Lage, zu erklären, daß Vorkehrungen getroffen wurden zur Einderung der Meeres- und Mobilisierung der Freiwilligen, sowie zur Bildung großer Lager von Regulären, Miliz und Freiwilligenunterstützer in der Nähe verschiedener wichtiger Eisenbahnknotenpunkte.

**Rom, 31. Oktober.** (W. S.) Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massanah: Vom Hochplateau jenseits der Grenzen wird gemeldet, daß nach dem Kreuzestage Führer und Soldaten in ihre heimathlichen Bezirke zurückkehren. Es verlautet, Menichelli sei infolge der vermittelnden Thätigkeit des Aleris geneigt, Managaha zu verzeihen, wodurch die Gefahr eines Konflikts beseitigt würde.

**Jerusalem, 31. Oktober.** (W. S.) Heute Vormittag fand die feierliche Einweihung der Erlöser-Kirche mit allem kirchlichen und weltlichen Pomp statt.

**Washington, 31. Oktober.** (W. S.) Seit der Abreise der Mitglieder der Friedenskommission nach Paris ist Präsident Mac Kinley zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine große Volksbewegung im Lande für die Annexion der gesammten Philippinengruppe vorhanden ist. Er ist deshalb geneigt, dieser Strömung zu willfahren. Es heißt, daß eine darauf bezügliche Andeutung den Kommissaren vor einigen Tagen zugegangen ist.

**Tokio (Japan), 31. Oktober.** (W. S.) Das Kabinett hat heute demissionirt.



Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Basel, 30. Oktober.

Der Parteitag ist schwach besucht. Aus 12 Orten sind 27 Delegierte erschienen. Vor Eintritt in die Verhandlungen des gestrigen Abend eröffneten Parteitag erhielt Genosse Giochi aus Zürich, der mit mehreren seiner italienischen Freunde erschienen ist, das Wort zum Erlesen einer längeren Erklärung, in welcher den schweizerischen Genossen der Dank für die Unterstützung der italienischen Forderungen, die anlässlich der Mai-Unruhen in die Schweiz gekommen sind, ausgesprochen und ferner die Hoffnung ausgedrückt wird, daß es ihren Bemühungen gelingen möge, das schweizerische Wahlrecht zu erhalten. Die schweizerische Bourgeoisie sollte nicht vergessen, daß die Sozialisten, also auch die Minderheit es sind, welche die Arbeiter ausstatten und organisieren und sie vor Ausschreitungen bewahren. Untermehr müsse man erkannte sein, daß unsere Genossen in Genf, Bern, Luzern etc. verfolgt wurden. Während es aber in Zürich den Bemühungen der Genossen gelang, einige Maßnahmen der Polizei wieder rückgängig zu machen, trübten sich die Genossen in Luzern im gleichen Maße leider. Die Erklärung verurteilt ferner die Unruhe und Attentate der Anarchisten und schloß mit den Worten: Es lebe das schweizerische sozialistische Proletariat, es lebe die schweizerische Sozialdemokratie!

Als Präsidenten wurden sodann Lang und Färholz und als Sekretäre Brandt und Geisler gewählt. Aus dem letzten Berichte des Genossen Lang über die Tätigkeit der geschäftsführenden Kommission in Zürich seien nur erwähnt die Mitteilungen über die Italienerbewegung im Monat Mai, die viel Wärme veranlaßte, aber den Erfolg hatte, daß hunderte von Italienern aus dem Tessin wieder zurückgebracht und so vor den italienischen Kriegsgerichten gerettet werden konnten. Sodann widmete Lang den verschiedenen Genossen Verfassungen und Heritier warme Worte der Ehrung und Anerkennung für ihre der Arbeiterbewegung geleisteten Dienste. Nach dem Berichte des Kassiers Suter betragen die Einnahmen 3345 Frs., inklusive 2300 Frs. aus dem Freifonds der „Arbeiterstimme“, die Ausgaben 655 Frs., das Vermögen 2090 Frs. Im Anschluß daran wurde beschlossen, dem „Vollrecht“ eine Unterstützung von 500 Fr., dem „Basler Vorwärts“ eine solche von 200 Fr. und den übrigen Blättern zusammen 200 Fr. zu bewilligen; außerdem sollen dem „Vollrecht“ 500 Fr. gegeben werden.

Geisler, der Referent über die Kaiserfeier, berichtet zu nächst, daß die diesjährige Kaiserfeier die unvollständigste war, da sie in 58 Orten abgehalten wurde. Die einseitige Erregung derselben durch die geschäftsführende Kommission hat sich gut bewährt und er beantragt daher, dieselben die Beförderung der Referenten etc. auch für die nächstjährige Kaiserfeier zu übertragen. Ohne Diskussion wird demgemäß beschlossen.

Ueber die Doppelinitiative (Betr. Ernennung des Bundesrats und des Nationalrats) durch das ganze Volk mittels der Proportionalwahlen referiert Seidel. Er tritt für beide Initiativen entschieden ein und zwar nicht nur, um den alten Parteien zu schaden, sondern um uns selbst als Partei vorwärts zu bringen. Es war von einzelnen Genossen umgekehrt, in der Luzerner Versammlung der äußersten Linken die Sache so darzustellen, als richte sie sich nur gegen die Radikalen, während es sich nur um unsere Grundzüge handelt. Mehr ist insbesondere für die Proportionalwahl des Nationalrates, denn dieser werde dann dem Bundesrat viel freier und unabhängiger gegenüberstehen als heute. Die Agitation für beide Initiativen werde Gelegenheit bieten, wieder zu den weitesten Volksteilen zu reden, nicht nur zu unseren Genossen, und es über manche Dinge aufzuklären, die es heute noch nicht näher kennt.

Wullschläger als erster Diskussionsredner führt aus: Die Grundzüge müssen der Politik die Richtung geben, wir müssen aber auch die Umstände berücksichtigen. Wenn ich wüßte, daß wir die 50 000 Unterschriften für die Initiative nicht aufbringen können, so würde ich davon abtrotzen. Ich hoffe aber, daß diese Unterschriften zusammenkommen und daß in der Volksabstimmung eine ansehnliche Minderheit sich für die Initiativebegehren erklären wird. Die Umstände sind für uns günstig und daher ergreifen wir die Doppelinitiative. Ich möchte die Genossen bitten, in Zukunft immer zu überlegen, was sie sagen, denn in der Luzerner Versammlung haben die Genossen Dr. Schaffner-Vern und Dr. Wenz-Winterthur dies nicht getan, indem sie den Proporz bekämpften und nun von den Gegnern gegen uns als erste sozialdemokratische Autoritäten ausgespielt werden, das sie nicht sind. Durch unsere Autoritäten müssen in Bern die Verhältnisse gebessert werden. Die Kabbelform zwischen dem Storchklub (dem Verlehrs-klub der radikalen Abgeordneten in Bern) und dem Bundesrat muß zerschanden werden. Es steht in dieser Beziehung jämmerlich aus, jämmerlicher als ich es früher gedacht habe. Es besteht dort ein ganzes System, jeden unabhängigen Mann und Politiker durch alle möglichen Mittel zu unterdrücken. Die Radikalen haben eine eiserne Disziplin und halten zusammen bis auf den letzten Mann, wenn es an ihre Sessel geht. Diese eiserne Disziplin brauchen auch wir und betätigen wir sie jetzt, indem wir Schulter an Schulter zusammenstehen, um der Doppelinitiative zum Erfolge zu verhelfen.

Brandt und Färholz äußern sich in gleicher Weise, während Mettler sich besonders über die hohe demokratische und politische Bedeutung der Volkswahl des Bundesrates verbreitet. Die sei in tatsächlicher Beziehung ein ausgezeichnetes Mittel zur Förderung der Einheitslichkeit und Stärkung der Partei, sie sei aber auch ein erhebender Akt. Nachdem noch Jraggen und Seidel gesprochen, wird einstimmig die Doppelinitiative akzeptiert und ferner auf Antrag Färholz folgende Resolution beschlossen: „Der Parteitag spricht sich gegenüber den Ausprägungen einzelner Genossen in der Luzerner Versammlung und gegenüber der Deutung dieser Ansprache durch die bürgerliche Presse grundsätzlich für das proportionale Wahlverfahren aus. Die proportionale Vertretung ist eine Forderung der Gerechtigkeit und ist überdies im heutigen Augenblick mehr wie je für die sozialdemokratische Partei ein notwendiges Postulat.“

Nachdem noch nach einem kurzen Referat Mettler's aus Zürich über die Revision des Fabrikgesetzes beschlossen worden, daß sich die Partei an der vom Grüllverein zu veranstaltenden Enquete über die Revision des Fabrikgesetzes beteiligen wolle, wurde die Sitzung nachts 11 Uhr geschlossen.

Am Sonntag Morgen eröffnete Lang die Sitzung mit einem kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklung der Partei und auf ihre organisatorischen Vorgänger, wie den 1875 gegründeten Arbeiterbund und den 1884 errichteten Gewerkschaftsbund. Die heutige sozialdemokratische Partei wurde 1888 gegründet mit Organisationsstatut und Programm. Sted referierte hierauf über die Revision der Parteistatuten, wobei insbesondere das Verhältnis zum Grüllverein und zum Gewerkschaftsbund in Betracht kommt, die sich der sozialdemokratischen Partei anschließen sollten. Er erörterte sodann die innere Tätigkeit dieser Organisationen und ihre besonderen Tätigkeitsgebiete und empfahl, dem auf diesem Plane aufgebauten Statutenentwurf grundsätzlich zuzustimmen. Brandt möchte die organisatorische Gestalt der Partei aus den bestehenden kantonalen Vereinigungen aufgebaut haben. End-Luzern und Calant-Zürich als Vertreter des schweizerischen Grüllvereins und des Gewerkschaftsbundes erklären, daß diese Organisationen sich mit dem Plane betreffend die Reorganisation der sozialdemokratischen Partei noch nicht genügend beschäftigt hätten und daher auch noch keine bindenden Erklärungen abgeben könnten. Nach weiterer längerer Debatte wurde mit großer Mehrheit die grundsätzliche Zustimmung zum vorliegenden Statutenentwurf beschlossen, der nun den in Betracht kommenden Organisationen zur Meinungsäußerung vorgelegt werden soll.

Stadtsekretär Wyß aus Zürich referierte hierauf über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur

Volksabstimmung über die Rechtseinheit. Er bespricht die Substanz und Stofflichen Gegenstände betreffend das Zivil- und das Strafrecht, woraus er verschiedene Parteien hervorhob und daraufhin beleuchtete, ob sie einen Fortschritt oder Rückschritt bedeuten und kam zu dem Schluß, von der Rechtseinheit das Beste zu hoffen. Es wurde sodann beschlossen, für die Annahme der Verfassungsrevision kräftig zu wirken und ferner in den Genossen Reichel, Sted und Jraggen eine Kommission bestellt, welche auf die Wahrung der proletarischen Interessen bei der Vereinheitlichung des Rechts bedacht sein soll.

Als Vorort wurde Zürich bestätigt, als Präsident der Partei Lang wiedergewählt und ferner in das Parteikomitee gewählt: Berger-Cerillon, Oswald-St. Gallen, Guldimann-Grenzen, Wilmann-Winterthur, Färholz-Solothurn, Stadelmann-Basel, Jraggen-Vern, Sigg-Genf, Kämpf-Chaufonds und Kuedi-Sauvagne.

Auf Antrag der Berner Delegierten und namentlich unterstützt von Wullschläger wurde der frühere Beschluß, betreffend den Ausschluß Moor's in Bern aus der Partei, aufgehoben, um deren Einheit wieder herzustellen. Die Berner Arbeiterkomitee hatte sich infolge des Ausschusses Moor's auf seinem Parteitag mehr vertreten lassen und stand mit der Parteileitung nicht mehr in Verlebr.

In Sachen der politischen Polizei wurde der bekannte Resolution, welche in Luzern beschlossen wurde, zugestimmt. Zu den im nächsten Jahre stattfindenden Nationalratswahlen soll der geschäftsführende Ausschuss wie in früheren Jahren ein einseitiges Flugblatt herstellen lassen. Ferner soll in jedem Wahlkreis, wo unsere Partei vertreten ist, selbständig mit eigenen Kandidaten in die Wahlbewegung eingetreten werden. Der nächste Parteitag findet in Grenchen (Anton Solothurn) statt.

Um 9 Uhr nachmittags schloß Lang mit einem dreifachen Hoch auf die schweizerische und internationale Sozialdemokratie den Parteitag.

Majestätsbeleidigungs-Prozess Harden.

Die gegen den Herausgeber der „Zukunft“ Maximilian Harden gerichtete Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Oberstaatsanwalts Dreßler sowie des Staatsgerichtsraths v. Hode-Wils beschuldigte gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Felisch, die Anklage vertritt Staatsanwalt Paschke, die Verteidigung führt Justizrat Hündel. Der Zutritt zu dem Sitzungszimmer der Strafkammer ist nur gegen Karten gestattet. Der Oberstaatsanwalt Dr. Wähler wohnt der Verhandlung bei. — Harden wird beschuldigt, durch vier in der „Zukunft“ veröffentlichte Artikel den Kaiser beleidigt zu haben. Es handelt sich um die Artikel in Nummer 38 mit der Ueberschrift „Fudels-Majestät“, „An den Kaiser“, „Der Wahrheit Rache“ und „Großvaters Uhr“.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Sitzung. Der Gerichtshof beschließt, zunächst nur während der Verlesung des beschuldigten Artikels die Öffentlichkeit auszuschließen, sie aber während der Verlesung der drei übrigen Artikel zuzulassen und sich dann schließend zu machen, inwieweit alsdann die Öffentlichkeit auszuschließen sei oder nicht.

Auf die Frage des Vorsitzenden über seinen literarischen Entwicklungsgang, die politischen Anschauungen u. s. w. erklärt der Angeklagte: Die Gedanken, die er in seinen Artikeln in der „Zukunft“ verfocht, seien dahin gegangen: er habe es für ein Unglück für das Deutsche Reich gehalten, daß man dem Fürsten Bismarck entlassen habe, weil er glaube, daß ein so ungeheurer Schatz von Erfahrung, Prestige und Wissen länger konzentriert werden mußte, selbst wenn man dieser mächtigen Person nicht in allen Dingen folgen konnte. Er selbst sei in manchen Punkten von den Anschauungen des Fürsten Bismarck abgewichen, beispielsweise in der dem Fürsten besonders am Herzen liegenden Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er sei nie ein blinder Vergötterer des Fürsten, aber politisch und persönlich von Bewunderung und Liebe für ihn erfüllt gewesen. Diesen Gefühlen habe er in der „Zukunft“ Ausdruck gegeben. — Auf weiteres Befragen erklärt der Angeklagte, daß er den Artikel „Der Wahrheit Rache“ nicht verfaßt habe; er wolle den Verfasser nicht nennen, weil er dies nicht für anständig halte, biete aber Beweise für seine Nichtverfasserschaft an. Justizrat Wundel erklärt, daß er von dem Verfasser beauftragt und ermächtigt sei, seinen Namen erforderlichen Falles zu nennen. — Der Gerichtshof beschließt, die von dem Angeklagten vorgelegten Zeugen zu laden und zu vernehmen. — Auf Befragen des Vorsitzenden über seine Stellung zu den Nachfolgern des Fürsten Bismarck läßt sich der Angeklagte dahin aus: Den Grafen Caprivi habe er entschieden bekämpft. Den Fürsten Hohenlohe habe er zunächst sympathisch begrüßt, die Sympathie habe aber nachgelassen, weil er meinte, daß Fürst Hohenlohe wegen seines hohen Alters nicht die genügende Thatkraft besitze. Andere Vertreter der Staatsregierung habe er dagegen wiederholt gerühmt, so den Kriegsminister Dronart von Schellendorff, Herrn v. Riquel, den Grafen Pasadowsky, den Staatssekretär v. Tirpitz etc. Auch sei er für die Parireforderungen eingetreten. Keineswegs habe er bei der Regierung alles schlecht gefunden, sondern sei in wichtigen Fragen mit der Regierung gegangen und habe seine Stimme dafür erhoben. Er schreibe aber nicht allein in der „Zukunft“, seine Artikel seien doch nur eine Nuance in einem Gesamtbilde; in der Wochenchrift erheben sich viel gewichtigere Stimmen, seine eigene sei nur ein Ton in der Polyphonie und so sei es denn wiederholt gekommen, daß Vertreter der Regierung, die nach seiner eigenen Meinung ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren, in der „Zukunft“ fürsprecher fanden. — Hierauf wird der Angeklagte befragt, welche Leserkreise die „Zukunft“ habe. Er erwidert: Die „Zukunft“ habe die weiteste Verbreitung aller derartigen Wochenchriften. Er könne, ohne rühmend zu sein zu wollen, wohl sagen, daß die „Zukunft“ von den besten Schichten der Bevölkerung gelesen werde; außerordentlich stark sei sie in der Armee und auch in den höheren Stellen der Armee verbreitet, sehr viel werde sie in adligen Kreisen gehalten. Die Auflage sei 10—12 000.

Staatsanwalt: Sieht der Angeklagte zu, daß er 1. die Politik des Deutschen Reichs seit dem Abgange des Fürsten Bismarck als eine durchaus verkehrte bekämpft hat? und 2. daß er den Standpunkt vertreten hat: diese Politik sei auf die eigene Initiative des Kaisers zurückzuführen und die Reichsanzler befehlen sein genügend starkes Maßwort? — Angeklagter: Er habe nie gesagt, daß alle Maßregeln der Regierung durchaus verkehrt seien, habe vielmehr manche gelobt, gebilligt und gefördert. Die zweite Frage lehne er mit aller Entschiedenheit ab; er habe im Gegenteil immer davor gewarnt, die Person des Monarchen immer in den Vordergrund zu drängen, damit nicht der falsche Glaube entstehe, daß alles Unheil von dem Monarchen ausgehe.

Nach Verlesung der Artikel beantragt der Staatsanwalt wiederum den Ausschluß der Öffentlichkeit wenigstens für die Dauer der Verhandlung über den Artikel „Fudels-Majestät“. Der Gerichtshof beschließt den Ausschluß während der Verhandlung dieses Artikels, weil sich an den Artikel Erörterungen über die Person des Kaisers knüpfen müßten, deren öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung besorgen lasse. Einen Beschluß über die übrigen Artikel behält sich der Gerichtshof vor.

Der erste der unter Anklage gestellten Artikel behandelt das Laboulaye'sche Märchen „Le prince Caniche“. Dieses schildert, wie der Angeklagte in einem seiner Artikel hervorgehoben hat, wie ein edler Fürstentohn allen Versuchen der Byzantiner, ihn zu verblenden

und zum Tyrannen zu erziehen, siegreich widersteht, weil die Erfahrungen, die er selbst macht — der Märchenhelder läßt sie ihn als Unheil machen — ihn zu ganz anderer Anschauung und zu weiser Selbstbeurteilung führt. Hyazinth hat als fünfzehnjähriger Prinz, dessen Geist eine solche Trübvision bewirkte, die eigene Kraft überhöht, seiner Körperstärke und namentlich seiner Intelligenz zu viel getraut, aber er findet sich, als er auf den Thron gelangt ist, bald selbst und wird nicht nur ein guter König, nein: ein Musterbild moderner Monarchentugend. — Zu dem zweiten Artikel „An den Kaiser“ beklagt sich der Angeklagte über die erfolgte Beschuldigung des Artikels „Fudels-Majestät“ und legt aus einander, daß derselbe unmöglich beleidigend sein könne. Es wäre doch sonderbar, wenn ein Märchen, das in Frankreich vor 31 Jahren, in der schlimmsten Zeit der napoleonischen Kaiserzeit, in den Tagen des erbitterten Polizeikampfes gegen Roschfort's „Lanterne“, unbeanstandet blieb, heute im Deutschen Reich den Vorbestand eines Majestätsverbrechens enthalten solle. Der Artikel behauptet sich dann noch ausführlich, dem Kaiser die „Wahrheit“ zu zeigen und ihn zu überzeugen, daß er seit Jahren schamlich betrogen werde und daß die Stimmung im Volke nicht so sei, wie sie dem Monarchen geschildert werde, sondern so, daß die wärmsten Anhänger der Monarchie sie bekämpften, mit wachsender Beforgnis sehen. Es wird dann auch von der „Fälschung des Ueberseifers“ in der Befolgung solcher angeblichen Majestätsbeleidigungen gesprochen und gesagt, daß wenn alle Leute aus folchem und ähnlichem Anlaß der Majestätsbeleidigung angeklagt würden, bald die ganze Elite des deutschen Volkes hinter Kerkermauern sitzen und die Welt dann bekommen erkennen würde, daß Treitschke Recht hatte, als er zu sagen pflegte, jeder ehrliche Royalist sündige heutzutage mindestens einmal in jedem Monat gegen den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. — Der dritte Artikel bezieht sich „Der Wahrheit Rache“ und hat den Zusatz „Aus dem babylonischen Thalmud“. Es wird darin erzählt, daß die Wahrheit in Gestalt eines nachts Weibes sich durch einen Schriftgelehrten vor den Thron eines Königs habe führen lassen, der von Heuchlern und Schmeichlern umgeben sei. Der König habe die angebliche Weisheit des Weibes prüfen wollen und eine Anzahl von Fragen an sie gerichtet. Die Antworten seien so ausgefallen, daß der König schließlich von Jom ergriffen und das Weib fesseln und kreuzigen ließ. Das Weib aber habe sich vom Kreuze losgerissen etc. etc. — In dem vierten Artikel endlich wird in dem Gewande einer einfachen Dorfgeschichte allerlei von „Großvaters Uhr“ erzählt: Großvater hatte eine alterthümliche Uhr, die so ging, wie noch nie eine im Dorfe gegangen war; wenn sie schlug, hatte jeder im Dorfe seine Freude an dem vollen, weichen Klange; die Leute im Dorfe gewöhnten sich nach dieser Uhr an Ordnung und die Bitterung konnte ihr nichts anhaben. Dreißig Jahre lang stand sie keine Stunde still und keine Reparatur sei nötig gewesen. Der Hof des Großvaters sei nach und nach der stillste in der Gemeinde geworden, und wenn man ihn fragte, mit welcher Zauberkraft er dies erreicht habe, habe er auf die alte Uhr gewiesen und gesagt: „Daher verbanke ich alles.“ Als der Großvater gestorben war, sei sein Enkel, Hans Joachim Brand, sein Erbe geworden, dessen jugendliche Ungebundenheit mit dem älteren Krimbrand bald ausgeräumt und auch die altdäwäerte eiserne Uhr eines Tages auch in die Kumpfkammer geworfen habe. Es wird dann erzählt, wie nach und nach, seitdem die alte Uhr die Leute nicht mehr in Ordnung hielt, auf dem Hofe alles drunter und drüber gegangen sei, bis schließlich Hans Joachim Brand sich entschlossen habe, den alten Klaffen behutsam wieder vom Boden zu holen, sie zu reinigen und mit besserer Bronze farbe anzustreichen und eines Tages wieder an den alten Platz zu stellen. Die Wirkung, die dieses Beginnen des jungen Erben haben sollte, sei aber ausgeblieben. Im Dorfe habe man gelächelt und gehofft, nun wieder den vollen, tiefen und weichen Klang der alten Uhr, die noch besser als alle anderen aus der Dugendfabrik ging, zu hören, sie hätten sich aber getäuscht, denn die Uhr sei stumm geblieben, weil Hans Joachim Brand befohlen hatte, daß sie nur als eine Art Zierrath dienen, im übrigen aber stehen bleiben und es ihm selbst vorbehalten sein solle, auch ferner selbst die Zeit zu bestimmen. Unter diesen Umständen sei es mit der Freude, welche das Herunterholen der alten Uhr bei den Dorfbewohnern hervorgerufen sollte, nichts gewesen, denn diese hätten gehofft gehabt, daß die alte Uhr ihnen nun auch wieder schlagen und ihnen wieder die Stunde weisen sollte. — Nachdem die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, erfolgte die Verlesung einer großen Reihe der vom Angeklagten verfaßten Artikel, die bis auf das Jahr 1891 und darüber hinaus, als der Angeklagte noch unter dem Pseudonym „Wofat“ schrieb, zurückgingen. Der Staatsanwalt will aus diesen Artikeln beweisen, welcher Art die Tendenz ist, die der Angeklagte verfolgt. — Die Öffentlichkeit wurde nicht wieder hergestellt. Die Verhandlung soll am Mittwoch fortgesetzt werden.

Lokales.

Das städtische Bibliothekwesen Berlins befindet sich seit mehreren Jahren wieder in aufsteigender Entwicklung. In den 27 Volksbibliotheken hat die Zahl der Entlehnungen (die mit recht als ein Gradmesser des Interesses der Bevölkerung an den Bibliotheken gilt) auch im letzten Verwaltungsjahre wiederum beträchtlich zugenommen. Im Laufe des Jahres 1897/98 wurden — bei einem Bücherbestand von 95 526 Bänden, 100 520 Bänden am 1. April 1897 bezw. 1898 — 600 853 Bände entliehen, dagegen in den 5 Vorjahren bis 1892/93 zurück: 543 580, 462 748, 427 201, 375 887, 383 155 Bände. Von den 1897/98 entliehenen Bänden kommen auf deutsche schöne Literatur 280 561, Jugendschriften 105 268, Zeitschriften und Sammelwerke 97 582, ausländische schöne Literatur 42 402, Geographie 20 301, Geschichte und Biographien 19 368, Naturwissenschaften 12 556, Technologie 7081, griechische und römische Klassiker 3504, Kunst 3313, Fachmatik 2080, Staats- und Rechtswissenschaften 2078, Sprachkunde 1584, Philosophie 1198, Pädagogik 1043, Theologie 984. Der Bericht der Kommission für die Verwaltung der Volksbibliotheken und Lesehallen bemerkt hierzu, daß die Berliner Bibliotheken nur dieselben Erfahrungen machen, wie wohl alle anderen Volksbibliotheken des Deutschen Reichs und des Auslandes, die englischen und nordamerikanischen Bibliotheken nicht ausgenommen: am meisten begehrt ist die Unterhaltungsliteratur. Auch in der großen Chicagoer Volksbibliothek, die 1897 bei 229 000 Bänden Bestand 1 216 000 Bände auslieh, wird in erster Linie Unterhaltungsliteratur verlangt: englische Belletristik; nächst dem Jugendschriften, Geschichte, Geographie etc. In Berlin hat aber auch die Lektüre populär-wissenschaftlicher Werke in den letzten Jahren nicht unerheblich zugenommen. Die Kommission bedauert, daß es an literarisch genügend gebildeten Personen fehlt, die als Bibliothekare das Publikum noch mehr zu gunsten ernsterer Lektüre beeinflussen könnten. Unter den einzelnen Bibliotheken steht jetzt an der Spitze die erste Bibliothek (Mohrenstraße) mit 51 314 entliehenen Bänden. — dieselbe Bibliothek, die z. B. 1892/93 mit nur 3747 entliehenen Bänden 1 epte von allen war! Neben der Erneuerung des Büchermaterials und der Erleichterung der Benutzung — Maßregeln, die nicht nur dieser, sondern auch den anderen Bibliotheken viele neue Leser zugeführt haben — hat besonders die Nachbarschaft der Lesehalle günstig auf die erste Bibliothek eingewirkt. Die Lesehalle war 1897/98 an 254 Tagen von 13 446 Männern und 784 Frauen besucht, das sind im Durchschnitt pro Tag rund 52 Männer und nur 2 Frauen. Der Bericht sagt, sie habe „eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen“. Leider scheint das für 1897/98 doch nicht ganz zutreffend zu sein. Eine Ver-



gleichung mit 1806/07 ist freilich, da die Lesehalle erst am 19. Oktober 1806 eröffnet wurde, nur für den Winter möglich. Der Besuch stellte sich November bis März 1806/07 auf 10 377 Männer und 608 Frauen, dagegen in derselben Zeit 1807/08 nur auf 7977 Männer und 359 Frauen. Das ist ein erheblicher Rückgang; aber vielleicht kommt für 1806/07 der Meig der Neuheit in Betracht. Die Entwicklung dieser Lesehalle — über die 2. im April 1808 eröffnete wird erst im nächsten Jahre berichtet — wird sehr durch Raumangel gehindert, das heißt der Bericht selber hervor. Auch die Bibliothek befindet sich meist in ungenügenden Räumen, sodass die Bemühungen, den Abendbetrieb, der sich in einigen Bibliotheken gut bewährt hat, noch an anderen einzuführen, zum Theil an Raumangel gescheitert sind. Daß in dem Bericht auch die alte Klage über Geldmangel nicht fehlt, versteht sich von selbst. 1807/08 betragen die Ausgaben 40 510 M., die Einnahmen 40 792 M. Unter den Einnahmen waren die Hauptposten 28 565 M. ordentlicher Zuschuß aus Gemeindefonds (früher regelmäßig 24 300 M.) und ein Extraordinarium von rund 8000 M. (wie früher für Restauration bestehender Bibliotheken und 1600 M. für die zweite Lesehalle.

**Die obligatorische Verbrennung von Leichen** solcher Personen, die an einer ansteckenden Krankheit, wie Pest, Cholera etc. gestorben sind, regen hiesige Verze in einer an den Magistrat und die Stadtverordneten-Verammlung gerichteten Petition an. In dem Schriftstück wird auf die großen Gefahren hingewiesen, welche die Vererdigung derartiger Leichen im Gefolge haben kann und daher fordern die Petenten von den städtischen Behörden den Beschluß, daß schleunigst in Berlin eine Einäscherungsgelegenheit für die sogenannten Leichenabwerfer geschaffen werde. In der Petition findet sich noch der folgende beachtenswerthe Hinweis:

Das städtische Krankenhaus Moabit ist bekanntermaßen dazu außerordentlich in einem Epidemiefalle die Kranken und Verdächtigen aufzunehmen, daher dürfte sich das Terrain dieser Anstalt in allererster Reihe zur Errichtung der in Vorschlag gebrachten Verbrennungsanlage eignen. Zwar würden die technischen Einrichtungen des Ofens in der Leichen-Sammelstelle vollständig zur Einäscherung der Leichen ausreichen, doch muß es im höchsten Grade bedenklich erscheinen, dieselben von Moabit nach der Dörfelmeierstraße zu überführen, wobei sie auf dem weiten Wege die belebtesten Stadtviertel passieren müßten.

Das maßgebende Minderthum würde eine hygienische Maßnahme dieser Art schon zu hinterzweifeln wissen, falls die städtischen Behörden wirklich dem Wunsche der Petenten nachkommen möchten.

**Der Hofprediger Stöder** plagt der Teufel wieder einmal. In einem Vorgehen zum 21. Sonntag nach Trinitatis" herausgegebenen Traktäten beschäftigt er sich sehr erregt mit diesem durchsichtigen Herrn. Der Gottliebmann hat nach dem gewöhnlich treffenden Bericht des wahrheitskundigen Gottesmannes wieder einmal die unkluge Karotte, in der schon vom Apostel Petrus nach Gebühre gekennzeichnete Waage des brüchigen Löwen einzuwerfen. Ja, mehr noch. Satan spielt sich in so fragwürdiger Gestalt sogar als höchst verderbliches zoon politikon auf. Man vernehme, was Stöder berichtet:

„Geht der Teufel umher wie ein brüllender Löwe, — man braucht nur in manche Versammlungen zu gehen, um ihn brüllen zu hören. Wilde Gottlosigkeit, freche Empörung gegen Obrigkeit und Gesetz schreien laut in die Volksmassen hinein und verfahren unzahlig.“

Und weiter: „Kann man doch bei den zunehmenden Greueln unserer Tage mit Händen greifen, daß eine persönliche Macht des Bösen sein muß, welche die Menschen in den Abgrund führt. Man denke nur an die Mordversuche, die seit Jahrzehnten gegen gekrönte Häupter unablässig geplant und geübt werden, an die Freude und Zustimmung, die solche Mißthaten in den Kreisen der Gottlosigkeit finden — und man kann nicht zweifeln, daß eine teuflische Bosheit viele Seelen beherrscht.“

Wir empfehlen Herrn Stöder, sich recht fleißig beim Himmel dafür zu verwenden, daß er solche Ungehörigkeiten des Teufels doch ja nicht mehr zulasse. Demunziationen erfüllen nach oben hin ja vielfach ihren Zweck.

**Wie nothwendig es ist**, daß dem Unternehmertum die unumschränkte Handhabung des Arbeitsnachweises genommen werde, beweist ein Vorfall, der sich kürzlich auf dem Arbeitsnachweis-Bureau der Tapezierer-Zunft abgepielt hat. Ein Gehilfe war von einem Provinzort hier zugereist gekommen und wollte sich in den Arbeitsnachweis der Zunft eintragen lassen. Dort schlug man ihm jedoch dies Verlangen ab. Als er sich nach dem Grunde der Weisung erkundigte, ward ihm die Antwort, daß er nach dem hierher gelangten Bericht seines früheren Meisters, mit der Staatsanwaltschaft zu thun habe und daher nicht eingetragen werden solle. Obgleich der Gehilfe beteuerte, daß er sich seines Vergehens bewußt sei, blieb der Bureaubeamte bei seiner Behauptung. Nachdem der Arbeiter der Sache weiter nachgeforscht hatte, stellte sich folgendes heraus. Der auswärtige Meister hatte einen Berliner Waisenknaben als Lehrling auszubilden. Von dem Waisen war nun der hiesigen Waisenhaus-Verwaltung mitgeteilt worden, daß der Knabe namentlich durch ungebührliche Sonntagsarbeit überanstrengt würde; außerdem hatte der Gehilfe in einem Brief an einem Kollegen, der bei dem Meister in Beschäftigung stand, die dortigen Arbeitsverhältnisse kritisiert. Diese Handlungen waren nun von dem neuen Meister als solche aufgefaßt worden, die vor dem Staatsanwalt gehören; und weil der auswärtige Meister in diesem Sinne nach Berlin berichtet hatte, blieb es bei der Maßregelung des Gehilfen. Der Gehilfe beschaffte sich in der Angelegenheit einen Rechtsbeistand. Der Anwalt hat den Obermeister der Zunft um Auskunft in der Sache und dieser, ein Herr Arch, richtete an den Fragesteller folgende Zuschrift:

„Auf Ihr Geheiß bezüglich des Tapezierergehilfen K. wollen Sie gefälligst zur Kenntnis nehmen, daß unser Arbeitsnachweiser-Bureau, welches auf Kosten der Zunft errichtet, unterhalten und geleitet wird, mit vollem Recht — im Interesse der Disziplin — renitente Menschen, welche sich nicht anständig betragen, von der Einschreibung, resp. weiteren Beschäftigungsnachweis ansieht. Wir hoffen in unsern Räumen Herr zu sein und wollen es auch bleiben.“

Der Gehilfe sieht sich nunmehr gezwungen, auf dem Awege sein Recht zu erstreiten. Die Arbeiter mögen an diesem Beispiel aber sehen, wie nothwendig es ist, die gewerkschaftliche Organisation dem Unternehmertum gegenüber zu stärken.

**Zur Kennzeichnung des Hausbesitzers.** Die Hausbesitzervereine Berlins haben Einspruch dagegen erhoben, daß der Polizeipräsident beim Polizeipräsidenten in Berlin den Erlaß einer Verordnung angeregt hat, wonach an jedem Hause der Name des Eigentümers angegeben werden soll; sie meinen, die stillen Portiers, die Hauswarte oder das Polizeibureau gäben genügende Auskunft, eventuell könne man ja auch in das Grundbuch Einsicht nehmen. Als es sich darum handelte, die Einschreibung in das Grundbuch zu erleichtern, waren es die Hausbesitzervereine, die dagegen den lebhaftesten Widerspruch erhoben. Angesichts des Stotterns je florierenden Bau- und Hypothekenschwindels mag mancher Hausbesitzer allerdings Ursache genug haben, seinen Namen so verborgen als möglich zu halten. Aber was geht das doch zum mindesten ihrer persönlichen Ansicht nach auf ehrenhafter Mitgliedschaft beruhenden Hausbesitzervereine an?

**In der heute**, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung steht u. a. auf der Tagesordnung: Fortsetzung der Berichterstattung über die Vorlagen betr. den Abschluß eines neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken und die Einbindung der Berliner Elektrizitätswerke von der Verpflichtung zur Legung von Kabelleitungen in einer Reihe von Straßen innerhalb des im Verträge vom 25. August 1888 bestimmten Stadtgebietes. — Berichterstattung über die Vorlage betr. den zur Begründung eines vegetarischen Kinderheims bestimmten Nachlaß des Prof. Dr. Julius Baron. — Antrag betr. den Beschluß der Versammlung vom 25. Mai d. J. wegen Verbe-

führung einer Reform der Bestimmungen über die Ausübung der Sittenpolizei und von Vorkehrungen, um Mißgriffe und Ausschreitungen von Exekutivbeamten bei Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern.

**Der Winter-Fahrplan der Großen Berliner Straßenbahn** tritt, wie schon gemeldet, heute, 1. November in Kraft. Daraus gelangen die nachbezeichneten Änderungen zur Einführung: Die Linie „Ligowplatz—Brandenburger Thor—Alexander-Platz“ wird nicht mehr nach dem letzteren, sondern von der Mühl- und Weinmeisterstraße-Ecke durch die Alte Schönhauser Straße über das Schönhauser Thor durch die Weihenburger Straße bis zur Danziger Straße geführt; die Linie „Wedding-Platz—Leipziger Platz“ wird durch die Potsdamer Straße bis zur Grob-Görtschenstraße verlängert und die bisherige Signalfarbe dieser Linie von halb weiß, halb roth in „gelb mit rothem Strich“ abgeändert. Die Theil-Linie der Ringbahn „Oranienburger Thor—Brandenburgische Straße“, Ecke der Gieselerstraße, wird bis zum Halleschen Thor weitergeführt. Auf der Linie „Gehundenbrunn—Rollenmarkt—Artenberg“ soll der Betrieb bereits um 1/8 Uhr früh beginnen und bis um 1/2 Uhr nachts an beiden Endpunkten aufrechterhalten werden. Für die Linie „Zoologischer Garten—Trepow“ wird des schwächeren Verkehrs wegen statt des bisherigen 12 Minuten ein 24 Minuten-Betrieb eingeführt. — Ferner gelangen durch den Winterfahrplan auf verschiedenen Linien wiederum Fahrpreis-Ermäßigungen zur Einführung. — Die Wagen der Linie „Rollenmarkt—Charlottenburg (Amisgericht)“ verkehren nicht mehr durch die Kurfürststraße und den Kurfürstendamm, sondern durch die Rettelbuckstraße, Kleist- und Tauenzienstraße.

**Ueber die Flugschriften-Literatur des Jahres 1848**, mit besonderer Berücksichtigung der Friedländer'schen Sammlung der Berliner Magistratsbibliothek, sprach am Sonnabend im Verein für die Geschichte Berlins Herr Dr. Wendt. Das Interessanteste in seinen Ausführungen war das Geständnis, daß er seiner Zuhörerschaft einiges, auf das man bei seinem Vortrage rechnen mußte, nicht bieten konnte oder wollte. Es war ihm, trotz aller Bemühungen und trotz Unterstützung durch den Stadtdirektor Dr. Clauswig, nicht gelungen, die Erlaubnis zur öffentlichen Auslegung der Flugschriften der Friedländer'schen Sammlung zu erhalten. Als Ersatz war eine private Sammlung zur Ansicht ausgelegt. Es steht doch manches darin, sagt er, was nicht für jedermann ist. Durch wen sein, augenscheinlich als staatsgefährlich erachtet, Vorhaben verübt worden ist, verdimme er leider. Er selber unterwarf hinterher den Stoff seines Vortrages einer Zensur ähnlicher Art. Bei der Auswahl von Flugblatt-Titeln und Gedichten, die er vortrug, hatte er die meisten Persönlichkeiten berücksichtigt, die in der Berliner Bewegung des Jahres 1848 eine größere Rolle spielten und daher auch in den humoristischen und satirischen Flugschriften jener Zeit vorkommen. Nur von den zahlreichen Deutschleuten, die man im Revolutionsjahre über den Pringen von Preußen, den späteren Kaiser Wilhelm I., in Flugschriften lesen konnte, wollte er nichts mitteilen, obwohl gerade sie in einer Darstellung der Flugschriften-Literatur des Jahres 1848 am allerwichtigsten fehlen dürfen. War ihm diese Zurückhaltung gleichfalls von den magistratischen Hütern der Friedländer'schen Sammlung nahegelegt worden?

**Beschlagnahme** wurde neuerdings auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zu Leipzig die am letzten Sonnabend erschienene Nummer 92 des „Simplicissimus“, dessen vorletzte Nummer bekanntlich ebenfalls beschlaggenommen worden war. Jetzt ist die Konfiskation erfolgt wegen des Bildes auf Seite 1: „Kriegserklärung“ und des Gedichtes auf Seite 2: „Meerfahrt.“ Bild und Gedicht beziehen sich auf die gegenwärtige Palastreise des Kaisers und sollen nach Ansicht der Leipziger Staatsanwaltschaft Majestät beleidigungen enthalten.

**Die Berliner Bäckerei-Aktiengesellschaft** erweitert ihren bereits nach ca. 60 Städten Deutschlands bestehenden Padei-Export-Verkehr vom 1. November d. J. ab auf die Städte Danzig, Dortmund, Aassel, Kiel.

**Ueber den in Aussicht stehenden Spielerprozeß** berichtet hiesige Blätter: In die Spielersache im Westen ist endlich nach wochenlanger Untersuchung Licht gebracht worden. Die an der Angelegenheit Beteiligten hatten, nachdem die Polizei ihnen auf die Spur gekommen war, eine geheime Versammlung abgehalten und beschloßen, nichts zu verrathen. Mehr als 50 Personen, welche bisher in der Sache vernommen sind, haben dem auch fast gleichlautend beifolgt, die Bankhalter nicht zu nennen. Diese seien nur unter ihrem Spitznamen, wie „Major“, „Hauptmann“ etc. befehlen. Ingegeben wurde allerdings, daß in einem Lokal der Potsdamer Straße gespielt worden sei, doch seien die Spiele harmloser Natur gewesen. Den Nachforschungen des Kriminalkommissars v. Mantuffel ist es nun aber doch gelungen, die Namen der Bankhalter, Schmeißer und Schleyer zu ermitteln. Die Hauptgeheimthäter heißen Grabowski, Jost, Thuren, Hopp und Trillow. Es ist ferner festgestellt, daß in der Wohnung eines der Vorgenannten in der Kapbachstraße sehr hoch gespielt wurde. In einem Falle ist dem Produzenten einer hiesigen Firma die Summe von 800 Mark abgenommen worden. Unter dem Psephen der Bankhalter befindet sich ein Harenhändler, welcher im Laufe eines Jahres sein Geschäft und sein Vermögen in Höhe von 20 000 M. verspielt hat. Die Aufhebung dieser Spielergesellschaft, welche zahllose Eristenzen auf dem Weissen hat, wird in der ganzen Gegend mit großer Genugthuung begrüßt. In Beziehung ist es, daß sich unter den Bankhaltern auch ein pensionierter Polizeibeamter befand. Die für Eröffnung des Hauptverfahrens erforderlichen Beweismomente, welche gerade bei Spielern schwer zu gewinnen sind, befinden sich in Händen der Behörden. Sollten die beteiligten Personen bei ihrem Zeugnissen beharren, dürfte sich im Anschluß an den Spielerprozeß ein großer Weineidprozeß entwickeln.

**Das Verschwinden der beiden Kinder** des Gastwirths Hilpert beschäftigt noch immer die Behörden. In der Vermuthung, daß Frau Hilpert mit den Kindern nach Amerika abgefahren sei, hatte man die Hafenbehörden diesseits und jenseits des Ozeans auf sie aufmerksam gemacht. Diese Maßregel blieb jedoch ohne Erfolg. Jetzt haben die Ermittlungen, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, unerwartet eine neue Richtung bekommen. Vorgezogen wurde auf dem Razarerth-Hof an der Müllerstraße eine Tochter des Forsters Diebstallmann befragt. Dabei waren viele Kinder auf dem Friedhofe. Frühere Gespielinnen aus dem Hause Müllerstr. 55a, in dem Hilpert wohnte, sahen nun auch die verschwundenen Kinder, achteten aber nicht darauf, wohin sie väter gingen. Ein Hausbewohner will den kleinen Friß Hilpert schon vor einigen Tagen in jener Gegend gesehen haben. Man vermuthet daher, daß auch Frau Hilpert sich noch in Berlin befindet, um erst später, wenn die Angelegenheit mehr oder weniger in Vergessenheit gerathen sein könnte, mit den Kindern nach Amerika zu reisen. Ihren Aufenthalt zu ermitteln, ist noch nicht gelungen.

**Erdschütter** hat sich gestern Vormittag der Inhaber eines Patentbureaus, Max Marxhoff, in seinem Bureau Lindenstr. 54. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist nichts bekannt.

**Den fünften Selbstmordversuch** machte Sonntag Abend der 22jährige Reisende Otto Bielle, der gegenwärtig ohne Stellung und Wohnung ist. Dem jungen Manne will nichts recht gelingen. Da er aber auch anderen nicht zur Last fallen mag, so hat er schon wiederholt versucht, seinem Leben ein Ende zu machen. Zweimal hatte er sich bereits erhängt, wurde aber noch rechtzeitig abgesehen, einmal wurde er aus dem Wasser gerettet und ein viertes Mal verfuhrte er ohne Erfolg, sich durch Gift zu tödten. Sonntag Abend besuchte er seinen Vater in der Altonaerstraße. Hier traf er auch seine Schwester und deren Mann. Da der Vater augenblicklich krank ist, so veranlaßte die Schwester ihren Bruder, mit ihr und ihrem Manne in ihre Wohnung zu gehen. An der Sandkrugbrücke wollte er in den Kanal springen und konnte nur mit Gewalt davon abgehalten werden. In der Kronprinzenbrücke brach er plötzlich zusammen. Mit Hilfe eines Schuhmachers brachte man ihn nun in ein Krankenhaus.

Hier stellte sich heraus, daß er sich wieder mit Sublimatpflaster zu vergiften versucht hatte. Es scheint, daß er auch jetzt wieder mit dem Leben davonkommen wird.

**Ein großer Fabrikbrand** brach Montag Nachmittags kurz nach 4 Uhr auf dem Grundstück Neue Friedrichstraße 3 aus. Dort hat in den 4 Etagen des massiven rechten Seitenflügels die Firma Wittner u. Grüner eine Dampfzuckerfabrik eingerichtet, die zum größten Theil verunfallt wurde. Das Feuer entstand in dem im zweiten Stock befindlichen Trockenraum und zwar dadurch, daß ein Sattler, auf einer Leiter stehend, bei verschlossener Katerne an einem Transmissionsriemen hauntrierte. Hierbei kam die Leiter zum Fallen, die Lampe zerfiel, und im Ru stand der stetig unter einer Wärme von 50 Grad gehaltene Trockenraum in Flammen, die an den ausgeetrodneten Holzern reichliche Nahrung fanden. Die mit Wassereimer herbeiführenden Arbeiter wurden durch die Gluth zurückgetrieben, und als der erste Löschzug eintraf, hatte sich das Feuer bereits über den ganzen zweiten Stock verbreitet. Auf die Meldung „Mittelfeuer“ rasselten von allen Seiten Löschzüge heran, die unter Leitung des Branddirektors Sieberberg einen Angriff von zwei Seiten unternahm. Während vier Schlauchleitungen von dem Vorderhaus und dem Hofe aus angriffen, wurden zwei Dampf- und fünf Druckspritzen nach dem noch unbedauten Nachbargrundstück Nr. 2 gerückt, deren Schlauchleitungen über zwei aufgestellte mechanische Leitern geführt wurden. Mittlerweile hatte das Feuer die Decke nach der dritten Etage durchschlagen und auch den Dachstuhl erfaßt. Ebenso war an einer Stelle auch die Decke nach der ersten Etage durchgebrannt, doch konnte einer großen Verbreitung des Elements bald gesteuert werden. Da die zweite und dritte Etage, 8 Fenster Front, ausbrannten und neben den dort aufgestellten Maschinen auch der Dachstuhl eingestürzt wurde, so ist der verursachte Schaden sehr bedeutend. Nach etwa zweistündiger Löscharbeit galt die Gefahr als beseitigt und konnten einige Löschzüge wieder abdrücken, doch werden die Aufräumarbeiten die Nacht hindurch kaum beendet werden.

**Ein falscher Kriminalbeamter** ist am Sonntag Abend am Zoologischen Garten in der Kurfürst-Allee abgefaßt worden. Lichtschues Geständel, das es auf Erpressungen abgesehen hat, trieb hier schon wiederholt sein Unwesen. Am Sonntag Abend legte sich der Kriminalwachmeister Pottscha mit einem Begleiter auf die Lauer. Es dauerte auch nicht lange, da tauchte ein falscher Beamter auf und drohte einem Mädchen mit Festnahme. Pottscha und sein Begleiter sprangen nun zu, ergrieffen den Vurschen und brachten ihn auf die Wache. Es war ein Maurer Kröle aus Berlin.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 2. November, Mittags 12 Uhr, werden in der Marienkirche auf die Reformationszeit bezügliche Kompositionen vorgetragen: Arien von Bach, ein Duett von Hummer, Präludien über: Eine feste Burg etc. durch Herrn Musikdirektor Diemel, Fr. Maria Krause, Pauline Hedwig Schmidt, den Violinist Herrn Theile und Herrn H. Schwiesemann. Der Eintritt ist frei.

**Volksdrämliche Kurse von Berliner Hochschülern.** Herr Professor Dr. Alfred Gottlob Reyer beginnt am Mittwoch, den 2. November, 9 1/2 Uhr abends, seinen Vortragskurs über „Kundstücker Berlins“ im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Brigg Albrechtstr. 7. Der Vortragende wird behandeln: Das Denkmal des Großen Kurfürsten, das königliche Schloss, Berliner und Potsdamer Bauten unter Friedrich dem Großen, Brandenburgische Thor und Grotte des Schadow, Schinkel's Berliner Bauten und Rauch's Denkmal Friedrich des Großen. Die Vorträge finden am Mittwoch, den 2., 9., 23. und 30. November, 7. und 14. Dezember, 9 1/2 Uhr abends, im Kunstgewerbemuseum statt. Eintrittspreise für Männer und Frauen sind zu haben bei: G. Bellig, Eigarzengeschäft, Leipzigerstr. 136; A. Schulz, Holzmarktstr. 60, II.; Tischendörfer, Sophienstr. 2; Trautwein'sche Buchhandlung, Leipzigerstr. 8, sowie in der Zentralstelle für Arbeiter-wohlfahrts-Einrichtungen, W., Köpenickerstr. 23, II. (8-3 Uhr.)

**Feuerbericht.** Von Sonnabend Abend bis Montag Abend ereignete sich die Feuerwehrrückfahrmäßiger Ruhe. Drei Alarmierungen nach Langestr. 106, Landsberger Allee 11 und Schönhauser Allee 101 betrafen kleine Zimmerbrände, bei denen Möbel und Gardinen eingestürzt wurden. Wischostr. 28 gingen verschiedene mit Schürzen angefüllte Kartons in Flammen auf. Montag Nachmittags erfolgte Veteranenstr. 25 eine unbedeutende Gasexplosion, die der Feuerwehrrückfahrmäßiger Ursache zum Eingreifen gab. Gegen Abend war Lübeckstr. 27 noch ein Gardinenbrand zu besichtigen.

**Aus den Nachbarorten.**

**Die Stadtverordneten-Verammlung von Spandau** beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung abermals mit der leidigen Kanalisationsfrage. Es wurden nämlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten dem Magistrat die schon früher geforderten 1250 M. für die „Reiselommission“ bewilligt. Bei dieser Gelegenheit erklärte Stadtrath Paul, daß die Kanalisationsbetriebe bald eröffnet würden, doch könnten die Seeburgerstraße, die Adamsstraße etc. wegen der in dieser Gegend wahrgenommenen Defekte noch nicht angeschlossen werden. Unser Parteigenosse Dutschke theilte mit, daß von 50 Adhärenzversammlungen 48 als unrichtig befunden worden seien; er richtete die Frage an den Magistrat, ob er den Unternehmer Schiller zur ordnungsmäßigen Verrichtung der ihm übertragenen Arbeiten zwingen wolle. Daraus antwortete Stadtbaurath Paul, daß der Unternehmer Schiller die Arbeiten zu dem ihm gestellten Termine nicht begonnen habe; der Magistrat ließe sie daher auf Kosten dieses Herrn von einer Berliner Firma ausführen. Weiter nahm die Stadtverordneten-Verammlung eine Vorlage an, nach der die Löhne der Fortarbeiter auf 800 M. erhöht werden sollen. Ein Antrag unseres Parteigenossen Dutschke, den in betracht kommenden Arbeitern einen Mindestlohn von 3 M. täglich zu garantiren, wurde von der liberalen Stadtverordneten-Mehrheit abgelehnt. Schließlich demisirte Oberbürgermeister Köhler die durch die Presse gegangene Nachricht, daß der Minister des Innern die von sozialdemokratischer Seite bisher vergebens geforderte Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises angetregt hätte. Es wäre, auch zu fändbar gewesen, wenn die Rämmer des heutigen Aufses sich für eine der Arbeiterchaft etwa zu gute kommende Maßnahme ins Zeug gelegt hätten.

**Geriichts-Beitung.**

**Eine neue Auslegung des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes.** Eine neue wichtige Entscheidung auf dem Gebiete des Vereinsrechtes hat das Kammergericht gestern gefällt. Es handelt sich um eine Erweiterung seiner bisherigen Auslegung des § 2 des Vereinsgesetzes. Die Vorstandsmitglieder einer Vorkamer „Geschäftsstelle“ des katholischen Volksvereins (Sty Mainz) waren angeklagt worden, sich gegen den genannten Paragraphen vergriffen zu haben. Die Angeklagten hatten der Orts-Polizeibehörde das Mitgliederverzeichnis der Geschäftsstelle nicht eingereicht. Die Geschäftsstelle selbst wurde als ein Verein angesehen, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei. Es berief sich darauf, daß das Kammergericht wiederholt entschieden habe, der Wortlaut des § 2 sei so auszulegen, daß Statuten und Mitgliederverzeichnis nur binnen drei Tagen nach der Stiftung des Vereins der Polizei einzureichen seien. Diese Frist sei hier beim Eingreifen der Polizei verstrichen gewesen. Das Landgericht hob jedoch diese Entscheidung auf und verurtheilte die Angeklagten, indem es die Praxis des Kammergerichts für zu schwach erklärte und annahm, die Verpflichtung erlösche nicht mit dem ersten drei Tagen, während welcher der Verein bestände. Hiergegen hatten die Angeklagten die Revision beim Kammergericht eingelegt. Ihr Vertreter suchte in der öffentlichen Verhandlung für seine Auftraggeber aus der Thätigkeit des Volksvereins für das katholische Deutschland Kapital zu schlagen. Er führte dem Verein nach, daß er erfolgreich den Umsturz auf sozialem Gebiete bekämpfe. Das half dem Verein jedoch wenig. Der Oberstaatsanwalt kritisirte die bisherige Auslegung des § 2 durch das Kammergericht als unzulänglich und nicht klar genug. Der Strafsenat erklärte die Revision für theilweise be-



gründet und wies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. Präsident Großhuff führte zur Begründung aus: Es möge zugegeben werden, daß die bisherige Praxis des Senats vielleicht zu weit gegangen sei, oder daß doch wenigstens die vom Kammergericht geltend gemachten Gründe die Anlegung zuließen. Die Einreichung von Statuten- und Mitglieder-Verzeichniß gemäß § 2 könne nur innerhalb der ersten drei Tage nach Stiftung gefordert werden. Eine so allgemeine Auslegung herbeizuführen, habe indessen nicht in der Absicht des Kammergerichts gelegen. In den in betracht kommenden Fällen, mit denen sich das Gericht bisher beschäftigt habe, seien die Angeklagten immer solche Vorsteher gewesen, die ihr Amt in den ersten drei Tagen nach der Vereinsstiftung noch nicht inne hatten, und nur auf solche neuergewählten Vorsteher seien jene Entscheidungen zu beziehen. Der Senat präzisire nun seine Auslegung des § 2 dahin: Personen, die bei der Stiftung des Vereins und innerhalb der nächsten drei Tage als Vorsteher fungirten, seien allein verpflichtet, Statuten u. einzureichen. Bei ihnen dauere auch während ihrer Amtszeit die Verpflichtung so lange, bis sie der Verpflichtung nachgekommen seien, und somit seien sie auch so lange strafrechtlich haftbar. Insbesondere greife bei ihnen eine Verjährung erst Platz, wenn sie jener Verpflichtung nicht mehr genügen könnten, z. B. wenn der Verein nicht mehr bestände oder wenn sie nicht mehr als Vorsteher amtierten. In den Fällen dagegen, wo nach Ablauf von drei Tagen die Vorsteher wechselten, seien die neuen Vorsteher nicht mehr auf Grund des § 2 verpflichtet. Bezüglich dieser habe nun der Oberstaatsanwalt auf die ebenfalls im § 2 ausgesprochene Verpflichtung zur Auskunfts-ertheilung verwiesen. Diese Obliegenheit aller jeweiligen Vorsteher verpflichte sie indessen nicht dazu, auf Verlangen der Polizei ein vollständiges, mit der Stiftung beginnendes Mitgliederverzeichnis einzureichen.

Das Schwurgericht des Landgerichts I verurtheilte gestern den Dachdecker Ernst Hoffmann wegen Rothzucht, begangen gegen seine leibliche erwachsene Tochter, zu einer Gefängnißstrafe von drei Jahren.

In der Strafsache gegen den ehemaligen Kriminalkommissar Egon Grünmayer meldet ein Berichtshatter, daß es ein Konkurrenzinstitut, das Privatdetektivinstitut war, welches im Auftrage des Rechtsanwalts Vermeiren in L. A., dem Anwalt des belagten Ehemannes, das Material ermittelt hat, welches die Staatsanwaltschaft zur Verhaftung Grünmayer's, der Weirauch und der Wecker veranlaßte.

Grünmayer hat dem Rechtsanwalt Bronker seine Vertheidigung übertragen. Die Voruntersuchung dürfte demnächst geschlossen werden.

Wahrung berechtigter Interessen im Lohnkampfe. Im Februar 1897 brach bei der Firma Beer in Piesnitz ein Streik aus, bei welcher Gelegenheit die Lohnlisten eine bedeutende Rolle spielten. Nach Angabe der Firma sollten die Arbeiterinnen einen Wochenlohn von 6-7 M. erzielen, während der Wierler Streikführer in einer Versammlung behauptete, daß der Durchschnittslohn nicht diese Höhe erreichte und deshalb die Lohnlisten gefälscht seien. Wegen Verleumdung des Fabrikanten Beer wurde Streikführer in einer Versammlung verurtheilt, daß der Durchschnittslohn nicht diese Höhe erreichte und deshalb die Lohnlisten gefälscht seien. Wegen Verleumdung des Fabrikanten Beer wurde Streikführer darauf von der Strafkammer zu Piesnitz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Auf erfolgte Revision, die mit Verletzung des § 103 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) begründet wurde, hob das Reichsgericht das Urtheil auf und wies es an die Vorinstanz zurück. Die Strafkammer erkannte hierauf abhört als auf drei Monate Gefängniß. Streikführer legte wieder Revision ein und das Reichsgericht hob auch wieder das Urtheil auf, übertrog aber die Entscheidung dem Landgericht in Schweidnitz. Am 28. Oktober beschäftigte sich deshalb die Strafkammer in Schweidnitz mit der Sache. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Elner, billigte dem Angeklagten wohl den Schutz des § 103 zu, weil sich die Frau desselben unter den Streikenden befunden habe, aber aus den Umständen gehe doch die Absicht der Verleumdung hervor. Doch da der Angeklagte sich zu der Verheerung im Kampfe für eine gute Sache hatte hinreißen lassen, so beantrage er nur einen Monat Gefängniß. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Angeklagte nicht wider besseres Wissen gehandelt habe und ihm § 103 unbedeutend zu gute kommen müsse.

Freiherr v. Stumm hatte sich durch einen Artikel in der „Recht. Ztg.“ beleidigt gefühlt, in dem behauptet worden war, Stumm würde auf der einen Seite den Arbeitern Lohnzulagen geben, während er auf der andern Abzüge mache. (Es handelte sich um die seiner Zeit von Herrn v. Stumm den Arbeitern gewährte Rheinerzulage.) Stumm stellte Strafantrag gegen den Redakteur Laben, der dieserhalb vom Schöffengericht Weimitz zu 500 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurtheilt und dem Kläger das Publikationsrecht des Urtheils in mehreren Zeitungen zugesprochen wurde. Gegen dieses Urtheil hatte Laben Einspruch erhoben. Der Vertheidiger des Beklagten machte geltend, daß dem Angeklagten die Wahrung berechtigter Interessen zugesprochen werden müsse. Der Beklagte habe sich als Redakteur für berechtigt, ja verpflichtet halten müssen, die Interessen seiner Partei zu wahren. Als die Bewilligung der Rheinerzulage bekannt geworden sei, habe man in der Gemeinde viel darüber geredet und namentlich auch die Schattenseiten des Bildes hervorgehoben, also vom Gegenheil gesprochen. Dieses sei dem Angeklagten zu Ohren gekommen und er habe dann seine Schlüsse gezogen. Es sei charakteristisch, daß, wenn Herr v. Stumm etwas zum Wohle seiner Arbeiter gethan habe, dieses sofort durch seine Organe in alle Welt hinausposaunt würde. Es wäre doch richtig, daß, wenn aus diesen Vorlesungen für Stumm Kapital geschlagen werde, die Gegenseite ein Recht habe, auch das weniger günstige über ihn zu publizieren. In der Begründung des Urtheils heiße es, durch den Artikel würden die Kränkler gegen Stumm aufgereizt; dieses sei durchaus nicht zutreffend. Stumm sei so fest in seiner Meinung, daß es wohl kaum jemandem gelingen könne, ihn bei seinen Arbeitern zu verdrängen. Reumirthen und Stumm seien eng verflochten, und bei jeder Gelegenheit zeige er ja seine Macht, indem er drohe, sein Werk zu verlegen und so den Arbeitern und Bürgern Reumirthen ihre Existenz zu nehmen. Stumm selbst glaube wohl nicht an eine Verheerung der Arbeiter durch einen solchen Artikel; dieses habe er bezeugen durch den Vorklapp, den er über die Zeitung verhängt hätte. Durch diesen Schritt habe er seine Macht demonstrativ wollen über alle, die nicht gerade einer Meinung mit ihm seien. Dann sei das Strafmaß auch zu hoch gegriffen. Stumm selbst habe in einer Versammlung das Vergehen nur auf 30 M. taxirt und da ihm die 500 M. denn doch etwas zu hoch. Er beantrage, dem Beklagten den Schutz des § 103 zuzuerkennen und ihn freizusprechen. Sollte jedoch das Gericht der Meinung sein, daß der Beklagte in der Form gefehlt habe und derselbe bestraft werden müsse, bitte er das Strafmaß zu mildern und die Kosten auch theilweise dem Kläger aufzuerlegen. Der Vertreter des Klägers bemerkt, daß er in der Schöffengerichtssitzung von der Stellung eines Strafmäßes Abstand genommen habe. Dann erläutere er die Notwendigkeit der Höhe der Strafe und bittet, die Verurteilung abzuweisen. Nach kurzer Beratung erkennt das Gericht dahin, daß dem Angeklagten der Schutz des § 103 nicht zugesprochen werden könne, da derselbe als Redakteur dem Wahlkampf nicht so nahe gestanden, um berechtigt erachtet zu werden, in denselben einzugreifen, es geht aber auch die Absicht der Verleumdung aus dem Artikel hervor. Da jedoch in der Wahlkampagne die Wogen etwas hoch gingen, halte mit Rücksicht hierauf das Gericht die Strafe von 500 M. für zu hoch und erlasse auf 200 Mark. Im übrigen wird das Urtheil des Reumirthen's Gerichtes aufrecht erhalten.

## Soziales.

**Ladenschluß im Buchhandel.** Die „Königliche Volkszeitung“ bringt eine die Sommermonate des Jahres 1898 betreffende instruktive Uebersicht über den Geschäftslauf der Sortiment-Buchhandlungen in den 25 größten Städten Deutschlands. Danach werden die Sortiment-Buchhandlungen in Aachen, Berlin (summe), Bonn, Bremen, Dortmund, Hamburg, Köln und Krefeld um 8 Uhr abends geschlossen; in Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Münster i. W. und Straßburg um 7/8 Uhr; in Braunschweig, Breslau, Dresden, Elberfeld, Karlsruhe, München, Nürnberg und Stuttgart aber bereits um 7 Uhr.

Sonntags sind die Sortiments-Buchhandlungen geschlossen in Chemnitz, Dresden, Elberfeld, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Karlsruhe, Königsberg i. Pr., Leipzig, Nürnberg, Straßburg, Stuttgart, in überwiegender Zahl in Braunschweig, und was die besseren Geschäfte betrifft, auch in Breslau. In den übrigen Großstädten werden die Sortiments-Buchhandlungen Sonntags meist um 11 Uhr geöffnet und um 1 Uhr geschlossen. Eine schlimme Ausnahme macht Bremen, wo die Sortiments-Buchhandlungen Sonntags von 8-10 Uhr vormittags und von 12-2 Uhr nachmittags offen gehalten werden.

## Generalversammlung der Vereinigung deutscher Maler und Lackirer.

Die Verhandlungen waren am 28. Oktober noch nicht geschlossen, wie aus einer Bemerkung des Berichterstatters irrtümlich von uns angenommen wurde. Die Statutenberathung sowohl wie die Beratung über das Vereinsorgan dehnen sich in der heutigen Sitzung bis nachmittags 4 Uhr aus. An wichtigen Beschlüssen sei hier mitgetheilt: Die Hauptkassier erhält von den gemeinsamen Beiträgen 75 pCt. sowie die Eintrittsgelder. Von den Eintrittsgeldern und den Beiträgen werden 5 pCt. zur Agitation verwandt. Ein Antrag, die Gehälter auf 1600 M. festzusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag, das Gehalt auf 1500 M. festzusetzen und die Bureaukosten extra zu entschädigen, in namentlicher Abstimmung mit 26 Stimmen gegen 14 Stimmen angenommen. Der Sitz der Vereinigung bleibt wiederum Hamburg. Zum Vorsitzenden wird Zöbner, zum Kassierer Wentker einstimmig wieder gewählt.

Die Redaktion des Fachorgans wird dem Vorstände übertragen. Die Prekommission wird nach Hamburg verlegt. Der Ausschuss bleibt in Stuttgart. Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht.

Nach einem kräftigen Schlusssatz des bisherigen Vorsitzenden Zöbner erklärt derselbe die 7. ordentliche Generalversammlung der Vereinigung deutscher Maler u. und Lackirer für geschlossen.

## Versammlungen.

**Holzarbeiterverband.** In der Branchenversammlung der Holz- und Pappelarbeiter am 29. v. M. sprach Michaelis über das Thema: Wie organisiren wir uns? In recht drastischen Beispielen wies Redner die Nothwendigkeit der Organisation nach. Nachdem er die Entwicklung der Arbeiterorganisationen Englands sowie Deutschlands geschildert und hervorgehoben, welchen ununterbrochenen Gefahren dieselben ausgesetzt seien, forderte er die Berufscollegen auf, mehr wie bisher für den deutschen Holzarbeiterverband einzutreten. Unter „Verdrängern“ führten mehrere Redner heftige Klagen über die schlechten Arbeitsräume. Die meisten seien klein, kalt, naß und mit Steinboden versehen, sowie viele im Keller gelegen. Die Arbeiter bei Schächter, Adorfstraße, wollen vorstellig werden, um bessere Arbeitsräume zu fordern.

Die Rabbiner hielten am 26. v. M. im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu dem Anstande der Firma Karl Schulz Charlottenburg. Zum fünften Male müssen die Kollegen die Sperre über diese Firma verhängen, weil immer von neuem versucht wurde, den Stundenlohn von 70 Pf. zu kürzen.

Viernmal mußte die Firma nachgeben, weil sich keine Ersatzkräfte fanden, jetzt haben sich aber einige Kollegen gefunden, die wegen großer Verluste aus der Organisation ausgeschieden werden mußten und nun aus Mache die Läden der Streikenden ausfüllen, dieselben aber trotz der Ueberstunden nicht voll erzielen.

In der darauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der „Arbeitswilligen“ scharf kritisiert, ebenso die Handlungsweise der Spanner, welche kleinere Arbeiten der Streikenden fertiggestellt haben.

Darauf wurde beschlossen die Sperre aufrecht zu erhalten und die Kollegen mit 3 M. pro Tag zu unterstützen.

Die durch Vertrauensmänner zentralisirten Zimmerer hielten am Sonntag bei Lange in der Dragonerstraße eine Konferenz ab. Anwesend waren Vertrauensleute und sonstige Vertreter der Organisation aus Berlin, den Vororten, einigen Ortschaften der weiteren Umgegend und aus Halle a. S. In den Verhandlungen kam die Ansicht zum Ausdruck, daß jetzt, wo weitgehende Beschränkungen der Koalitionsfreiheit in Aussicht stehen, eine durchgreifende gewerkschaftliche Agitation mehr als je notwendig sei. Da erst der rechte Theil der Zimmerer organisiert sei, so bleibe der Agitation für die Organisation noch ein weites Feld zur Bearbeitung. In 270 Orten, die in einem Umkreise von 20 Kilometern um Berlin liegen, habe der Verband der Zimmerer erst in 64 Orten Zahlstellen errichtet. Hier sei also für die Agitation der Vertrauensmänner-Zentralisation noch viel zu thun. Die letztere habe 23 Zahlstellen mit 1200 Mitgliedern in Berlin. Die von der Vertrauensmänner-Zentralisation betriebene Agitation solle selbstverständlich im Sinne dieser Organisationsform vor sich gehen, da dieselbe sich im Gegenseitigen föhbe zu den Verbänden. Die Vertrauensmänner-Zentralisation habe es sich zur Aufgabe gemacht, die gewerkschaftliche Bewegung auf den Boden des nach den Prinzipien der Sozialdemokratie zu führenden Klassenkampfes zu stellen, und die gewerkschaftliche Agitation in Verbindung mit der politischen zu betreiben. Die Verbände dagegen seien mehr und mehr von dem Prinzip des Klassenkampfes zurückgekommen und bereits in das Fahrwasser der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine gerathen. An ein Aufgehen der Vertrauensmänner-Zentralisation in den Verband sei aus diesen Gründen nicht zu denken. — Folgende Resolutionen und Beschlüsse wurden gefaßt:

In Erwägung, daß und noch ein großes, und zwar das am schwersten zu organisirende Feld zu bearbeiten bleibt, beschließt die Konferenz: 1. Der gewerkschaftliche Kampf, d. h. die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unter dem heutigen System ist energischer wie bisher zu führen, und sind zu diesem Zweck überall dort, wo noch keine Anhänger unserer Organisation vorhanden sind, Organisationsstellen in unserem Sinne zu gründen. Um die Agitation planmäßig betreiben zu können, hat jede Lokal-Organisation einen Vertrauensmann zu wählen, welcher die Agitation in seinem Bezirk zu leiten und zu überwachen und sich mit den Vertrauensleuten der anderen Orte in Verbindung zu setzen hat. — Der Vertrauensmann hat fortlaufende Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf allen Werkplätzen zu veranstalten. Zu diesem Zweck ist auf jedem Platz ein Deputirter zu wählen. Die Deputirten haben allmonatlich eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten. Der Vertrauensmann hat in jedem Vierteljahr eine öffentliche Versammlung zur Förderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuberufen. — In jedem Ort, wo eine Vertrauensmänner-Zentralisation besteht, ist ein Agitations- und Unterstützungs-fonds zu bilden. Die Höhe der Beiträge zu denselben bestimmt jeder Ort selbst. Aus jedem örtlichen Fonds sind mindestens 3 Pf. pro Quartal und Beitrag-zähler an die Geschäfts-kommission der Vertrauensmänner-Zentralisation Deutschlands zu entrichten. — In Orten, wo die Zahl der Zimmerer zu gering ist, sind Vereinigungen für alle Bauarbeiter

ohne Unterschied der Profession zu gründen. — Für die weiteste Verbreitung des Organs „Die Einigkeit“ ist Sorge zu tragen. — Als erster Vertrauensmann wurde Theodor Fischer gewählt.

Die bei der Müllabfuhr beschäftigten Arbeiter hatten am 9. Oktober beschlossen, an die Fuhrherren eine Forderung auf Lohn-erhöhung (27 bez. 30 M. pro Woche) zu stellen. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, die wegen Anerkennung der Forderung mit den Unternehmern in Verhandlung treten sollte. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung erstattete die Kommission Bericht. Es haben Unterredungen mit mehreren Fuhrherren stattgefunden, jedoch zeigte sich keiner derselben bereit, die gestellten Forderungen anzuerkennen. Wie einer der Unternehmer zu der Kommission sagte, hat der Verein der Fuhrherren sich bereit erklärt, eine Lohn-erhöhung auf 21 bez. 24 M. zu bewilligen. Die Arbeiter sind jedoch nicht damit zufrieden, und so haben die Unterhandlungen keinen Erfolg gehabt. Da die Organisation der Müllabfuhr-Arbeiter noch zu schwach sei, so könne man an einen Streik zur Zeit nicht denken. Der Referent empfahl folgende Resolution: „Die Versammlung protestirt gegen die Stellung, welche die Fuhrherren gegenüber der Forderung der Arbeiter eingenommen haben. Wir ersuchen daraus, daß wir uns sämtlich organisiren müssen, um eines Tages in den Streik eintreten zu können. Ein Lohn von 21 bez. 24 M. ist zu gering, deshalb fordern wir unbedingt 24 bez. 27 M. pro Woche. In den Pferde-ställen müssen Stallente angestellt werden, damit wir nicht des Sonntags einen halben Tag im Stall arbeiten brauchen. Ferner müssen die Fuhrherren dahin wirken, daß das Abladen auf den städtischen Plätzen den Kutschern leichter gemacht wird, und auch mehr Arbeiter auf den Plätzen angestellt werden.“ Sowohl der Referent wie mehrere Disputationsredner illustrierten die schlechte Lage der Arbeiter im Müllabfuhr-Gewerbe an verschiedenen Beispielen. Unter anderem wurde eine mit zahlreichen Strafbestimmungen versehene Arbeitsordnung der Wirtschaftsgenossenschaft der Grundbesitzer kritisiert. Ein Inspektor der Genossenschaft nahm infolge dessen das Wort, um die in dem genannten Betriebe herrschenden Arbeitsverhältnisse in möglichst rosigem Licht zu schildern. Seine Ausführungen wurden jedoch vom Referenten und anderen Rednern widerlegt. In der Versammlung waren auch einige Fuhrherren anwesend, jedoch nahm keiner derselben das Wort. Die vorstehende Resolution fand einstimmige Annahme. Zur weiteren Verhandlung mit den Unternehmern wurde die bestehende Kommission durch 2 Fuhrherren, 2 Kutscher und 2 Müllfahrer ergänzt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, beim Magistrat und Stadtvorstande dahin vorstellig zu werden, daß die auf den städtischen Abladepätzen bestehenden Mißstände beseitigt werden.

**Ren-Weisen.** Der sozialdemokratische Arbeiterverein nahm in seiner Sitzung am 24. Oktober den Rassenbericht entgegen. Derselbe weist im letzten Quartal eine Einnahme von 322,95 M. und eine Ausgabe von 102,65 M. auf. Hieraus wurden einige Ersatz-wahlen vollzogen und Beisetz zum Vorsitzenden des Vereins gewählt. Zur Ergänzung der Bibliothek bewilligte die Versammlung 20 Mark.

**Verichtigung.** In Nr. 247 des „Vorwärts“ wird in einem Versammlungsbericht der Galanterieschüler die Mitteilung widergegeben, daß in der Werkstatt des Herrn Schwarz, Drechslermeister, Paderstraße, eine übermäßig lange Arbeitszeit herrsche und viel Ueberstunden gemacht werden. Die uns mitgetheilt wird, ist dem Schriftführer ein Verstum unterlaufen; es handelt sich um die Werkstatt von Schwarz in der Urbanstraße. Ferner ist zu verichtigen, daß sich die Werkstatt von Goldt nicht in Ebenaerstr. 8, sondern in Wienerstr. 7 befindet, und bei Jakob, Bitterstr. 80, nicht wenig verdient wird, sondern die Arbeiter auf Wunsch des Obermeisters der Drechslerinnung, Herrn Jacob, täglich Ueberstunden machen.

In dem Versammlungsbericht aus Groß-Lichterfelde ist ein kleiner Verstoß unterlaufen. Rebel hat nicht behauptet, die That Luchem's habe keinen politischen Hintergrund, sondern ist von der entgegengekehrten Ansicht ausgegangen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Dienstag: Drei Jahrhunderte Wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kämpfe. Vortragender: Schriftsteller Paul Kampffmeyer. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abonnementzahl beizufügen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

W. in L. 1. Altkampstr. 105. 2 Fragen Sie bedingen an bei Herrn Willora, Amsterd. 14.

**Laubenscherer.** 8 M. wurden durch Herrn Koch am 26. September der Verlagssache des „Vorwärts“ abentmilt. Summe dieser verlegentlich nicht antritt. Dultung erfolgt nun in November.

**Niemann.** Versammlung ist in der Sonntagsummer.

**A. T.** Wenden Sie sich an das Bureau der Handelskammerarbeiter, Romanbaderstr. 35.

**L. S. 37.** Die Bureau der Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt für die Provinz Brandenburg sind Postfachstr. 19. Sie thun wohl gut, wenn Sie sich mit dem Vorstände Ihrer Ortskassa in Verbindung setzen.

## Witterungsübersicht vom 31. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° = +	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° = +
Stettin	755	SW	4	wolfig	9	Wuppertal	744	SW	—	Rebel	—0
Hamburg	753	SW	4	hd. bed.	11	Dresden	752	SW	—	Regen	9
Berlin	758	SW	3	hd. bed.	9	Frankfurt	754	SW	—	bedeckt	8
Wiesbaden	758	SW	1	wolfig	7	Brno	749	SW	—	bedeckt	9
München	760	SW	2	wolfig	9	Paris	757	SW	—	hd. bed.	10
Wien	761	SW	—	Rebel	9						

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. November 1898.**

Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolfig mit leichten Regenfällen und frischen Südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

## Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

**Berlin vierter Wahlkreis 0.**: Robert Engels, Bruchstr. 20, Hof II — 80.; Fritz Thiel, Stollbergstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Noabit)**: Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden — **Wedding und Oranienburger Vorstadt**: Emil Stolzenburg, Weidenstr. 14. — **Gesundbrunnen**: Wilhelm Wahnmann, Grünhaldenstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt**: Karl Watz, Kalkanten-Allee 94/95. — **Charlottenburg**: Gustav Schatzberg, Schillerstr. 94, v. I. Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf**: Frau Kadler, Signarierstr. 34, und Frau Feinmann, Signarierstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten). — **Rixdorf**: Ockermann, Erdstraße 6. — **Schöneberg**: Wilhelm Häufler, Weidenstr. 30. Seitenhölzler part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneberg**: Otto John, Ober-Schöneberg, Siemensstraße 7, Signarierstr. 34/35; hiesigen: Rieber-Schöneberg: Karl Weber, Signarierstr. 34/35; hiesigen: Schöneberg, Neumannstr. — **Friedmann-Steglitz**: O. Berner, Altkampstr. 15 in Friedenau. Besetzungen neuem entgegen in **Steglitz**: O. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhake, Wilmersstraße 15a. — **Baumshulenberg**: O. Godel, Baumshulenberg, 32 v. III. Anherdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wünschenswerten Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Bitte ausschneiden!



Achtung! Mittwoch, den 2. November, Achtung!  
abends 8 1/2 Uhr.

# Volks-Versammlung

in Louis Keller's Festsaal, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

## Attentat und Sozialdemokratie.

Referent: August Bebel.

Die Vertrauenspersonen.

### 5. Wahlkreis.

### Öffentl. Parteiversammlung

am Donnerstag, den 3. Oktober 1898, abends 8 1/2 Uhr,  
im Saale des alten Schützenhauses, Lindenstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Delegierten vom Stuttgarter Parteitag.
2. Verschiedenes.

Achtung, Genossinnen und Genossen von Friedrichsberg!  
Dienstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Köstlich  
(Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee:

### Öffentl. Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Lily Braun über:  
„Das Recht auf Bildung.“ 2. Diskussion. 3. Gründung eines Frauen-  
vereins evnt. Statutenberatung und Wahl des Vorstandes. 2/6  
An Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersucht um regen Besuch,  
besonders der Frauen.  
Die Giebrnerin.

### Achtung! Schmiede. Achtung!

Freitag, den 4. November 1898, abends 8 1/2 Uhr:  
Große öffentliche Versammlung  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag und Diskussion. 2. Antrag der Gewerkschaftskommission.  
3. Renewal des Vertrauensmannes und dessen Stellvertreters. 4. Ver-  
schiedenes. 176/7  
Der Vertrauensmann.

### Achtung! Elektrotechnischer Unterricht!

Die „Elektra“, Schrank- und Lehrwerkstätten für Elektro-  
technik, Frank, Eytling & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
Prinzenstraße 55,  
ist durch Erweiterung der Anstaltsräume im Laufe Anfang November  
1898 einen neuen Abendkurs zur Ausbildung von Elektromonteuern,  
Anschaffungen, Maschinen oder für Bureau etc. einzurichten; keine  
Barfaktumisse nötig. — Beste bewährte Lehrmethode. Dauer des  
Kurses 6 Monate. Honorar: Monat 6 M. Größtes und einziges Institut  
dieser Branche, wo der theoretische, leicht fassliche Unterricht der Praxis  
angepasst wird, mit Jubiläum der neuen Apparate, Maschinen  
und Modelle etc., deren die Anstalt über 500 besitzt. Bedeutende Zu-  
kunft für Herren aller Branchen. Größte Erfolge. „feine Referen-  
zen“, tüchtige Lehrkräfte. Die in der Anstalt als Lehrer wirkenden  
Herren sind akademisch gebildet und bieten durch ihre gegenwärtige  
Praxis genügende Garantie ihres Könnens, darum werden Herren,  
welche noch studieren resp. solche, welche sich noch zu lernen haben,  
prinzipiell nicht als Lehrer in der „Elektra“, G. m. b. H., verwendet.  
Anmeldungen baldigst bis abends 10 Uhr, Sonntag mittags bis 12 Uhr  
im technischen Bureau: 197/8  
Prinzenstraße 55, I.  
Man verlange Prospekt und Lehrplan.

Prinzenstraße 55, I.  
Man verlange Prospekt und Lehrplan.

Import. Export. **Cigarren** Engros. Versand.

Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:

100 Stück Mk. 2,80.	<b>Goldonkel No 4</b>
100 Stück Mk. 3,30.	<b>La Bahia</b>
100 Stück Mk. 3,75.	<b>Marke Triumph</b>
100 Stück Mk. 4,50.	<b>Edelweiss</b>

**Besondere Spezialitäten.**

Flor de Lopez . . . . . Mk. 2,50	Blitzmädel . . . . . Mk. 4,-	Mexico-Ausschuss Mk. 5,-
Marke Tip Top . . . . . 3,-	dieselbe, 300 St. frko. . . . . 11,-	La Cubana . . . . . 5,-
Suprema . . . . . 3,50	Senior . . . . . 4,50	La Victoria . . . . . 5,-
Marke Pikfein . . . . . 3,50	Sumatra Feinsort. . . . . 4,50	Imperia ff. Mexico . . . . . 8,-

**Cigarillos**  
Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.  
Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei.  
Bei 1000 Stück 5 % Rabatt. Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.  
zu 70 Pf., Mk. 1,-, 1,20, 1,50, 2,-, 2,40, 3,- per 100 Stück,  
mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franko.

**Cigaretten**  
Für Wiederverkäufer  
bewährte Qualitäten zu Mk. 23,-, 25,-, 28,-, 30,-, 33,-, 35,-, 40,- etc. per Mille.

**Rauscher & Fabisch, Engros-Lager Berlin NW. 7.**  
Friedrichstraße 94, Fabrikgebäude Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Achtung! Buchbinder Achtung!  
und verwandte Berufsgenossen.

Mittwoch, den 2. November 1898, abends 8 Uhr:

### Grosse öffentl. Versammlung aller in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:  
1. Der Leipziger Tarif für die Berliner Affordarbeiter.  
Referent: Kollege G. Roth, Leipzig.  
2. Unsere wöchentlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere Stellungnahme dazu. 3. Diskussion.  
Sämtliche Affordarbeiter, sowie alle übrigen Kollegen und Kolleginnen sind zu dieser hochwichtigen Versammlung eingeladen.  
Der Einberufer.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)  
Mittwoch, den 2. November, abends 8 Uhr:  
Vertrauensmänner-Versammlungen.

Moabit: im Lokale des Herrn Jotsch, Thurnstraße 84.  
Verständigungsangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen, jede Werkstatt muß vertreten sein.

Wedding und Gesundbrunnen:  
im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.  
Schönhäuser und Rosenthaler Vorstadt  
bei Wernau, Schmiedestr. 23.

Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission, Verbands- und Werkstattangelegenheiten. In dieser Versammlung ist die Werkstatt von Brunow, besonders die Kollegen Dänkel, Baldin, Wilmann, Gräse, Galand, Kurbol, Nestens, Hofenselder, Bernoff und die Werkstatt von R 51, Putzbergstraße 19, eingeladen.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strahbergerstr. 3.  
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Südosten: bei Rautenberg, Cranicstr. 180.  
Obmann Meyer wohnt Brangelstr. 23, II.

1. Berichterung der letzten Protokolle. 2. Streit bei Fort u. Kretschmar u. Co.  
3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.  
Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung haben alle Werkstätten einen Delegierten zu entsenden.

Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.  
1. Werkstattangelegenheiten. 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstätten eingeladen: H 3, H 4, H 5, H 6, H 7, H 8, H 9, H 10, H 11, H 12, H 13, H 14, H 15, H 16, H 17, H 18, H 19, H 20, H 21, H 22, H 23, H 24, H 25, H 26, H 27, H 28, H 29, H 30, H 31, H 32, H 33, H 34, H 35, H 36, H 37, H 38, H 39, H 40, H 41, H 42, H 43, H 44, H 45, H 46, H 47, H 48, H 49, H 50, H 51, H 52, H 53, H 54, H 55, H 56, H 57, H 58, H 59, H 60, H 61, H 62, H 63, H 64, H 65, H 66, H 67, H 68, H 69, H 70, H 71, H 72, H 73, H 74, H 75, H 76, H 77, H 78, H 79, H 80, H 81, H 82, H 83, H 84, H 85, H 86, H 87, H 88, H 89, H 90, H 91, H 92, H 93, H 94, H 95, H 96, H 97, H 98, H 99, H 100.

Westen und Südwesten: bei Zabell, Lindenstr. 106.  
Folgende Werkstätten sind eingeladen: H 1, H 2, H 3, H 4, H 5, H 6, H 7, H 8, H 9, H 10, H 11, H 12, H 13, H 14, H 15, H 16, H 17, H 18, H 19, H 20, H 21, H 22, H 23, H 24, H 25, H 26, H 27, H 28, H 29, H 30, H 31, H 32, H 33, H 34, H 35, H 36, H 37, H 38, H 39, H 40, H 41, H 42, H 43, H 44, H 45, H 46, H 47, H 48, H 49, H 50, H 51, H 52, H 53, H 54, H 55, H 56, H 57, H 58, H 59, H 60, H 61, H 62, H 63, H 64, H 65, H 66, H 67, H 68, H 69, H 70, H 71, H 72, H 73, H 74, H 75, H 76, H 77, H 78, H 79, H 80, H 81, H 82, H 83, H 84, H 85, H 86, H 87, H 88, H 89, H 90, H 91, H 92, H 93, H 94, H 95, H 96, H 97, H 98, H 99, H 100.

Modell- und Fabrik-Zischler  
im „Vorhadrifischen Kasino“, Adlerstr. 141.  
Ehrenpflicht einer jeden Werkstatt ist es, in dieser Versammlung vertreten zu sein.

Parfettbodenleger.  
Mittwoch, den 2. November, im Lokale des Herrn Zabell,  
Lindenstraße Nr. 106:

Sigung der Werkstatt-Kontrollkommission mit Vertrauensleuten.  
Die Kollegen jeder Firma sind verpflichtet, einen Vertrauensmann zu senden.

Drechsler.  
Osten und Nord-Osten. Koppenstr. 41 bei Mähle.  
Südosten und Südwesten. Cranicstr. 184 b Metzner.  
Die Kollegen der Werkstätten von Weber, Schafstraßstr. 69, und Gold, Wienerstr. 7, sind besonders hierzu eingeladen.

Norden: Adlerstraße 114 bei Hoppe. Besonders eingeladen sind die Kollegen von Bornede, Bernauerstraße 78; Wagemann, Joachimstraße 11 a. 108/17

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.  
Mittwoch, den 2. November 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Scholz, Cranicstraße 51:

Delegierten-Versammlung.  
Jeder Delegierte ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.  
143/4  
Der Vorstand.

Töpfer.  
Mittwoch, den 2. November, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Rosenthalerstraße 57:

Vertrauensmänner-Sitzung.  
Tagesordnung: Welche Erfolge haben die Kollegen in bezug der verlassenen Fenster erzielt? Die Regelung der Lohnfreitraglichkeit mit den Annehmern. Es ist notwendig, daß jeder Bau vertreten ist.  
103/14  
Der Vertrauensmann: H. David.

### Verein der Töpfer

Berlin und Umgegend.  
Mittwoch, den 2. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn F. Wilke, Adreassstr. 26: 197/8

Mitglieder-Versammlung.  
Tagesordnung: 1. Die Abstände in unserem Verein. 2. Kassenbericht. — Neue Mitglieder werden in dieser Versammlung aufgenommen. Gäste haben Zutritt.  
Der Vorstand.

Gänje-Böckelstein  
Unfallföhen. Klagen, Eingaben  
H. Patzger, Zieglerstr. 63.

Zischler  
mit 4 Säulen, guter Rundschiff, Billig zu verkaufen. J. Oesterle, Schöneberg, Dohrenfriedbergstr. 20.

Dr. Simmel  
Moritzplatz,  
1. Hand u. Aschinger  
2 Treppen rechts.  
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Gemüsegeschäft, viel Kartoffeln, und Herings, Feinerung gut gesund, billige Preise, see. Vatmannstr. 2.  
Carl Becker  
Cigarren, Cigaretten, Tabake  
Gerickestr. 28, Bahnhofsingang part.

Todes-Anzeige.  
Allen Verwandten, Freunden, Bekannten und den Genossen des hochseligen Berliner Reichstags-Abgeordneten zur Nachricht, daß meine liebe unvergessliche Frau und gute Mutter **Amalie Wessenberg**, geb. **Peisch**, am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags um 2 Uhr, nach langem schwerem Leiden im Alter von 36 Jahren sanft entschlafen ist. 1988/5  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Schulerstr. 9, aus statt.  
**F. Wessenberg** nebst Tochter.  
Achtung! Achtung!  
Verband der Tapezierer.  
Am Sonnabend, nachts 12 Uhr, verschied unser Kollege 178/9

### Lamprecht

im 30. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedengemeinde in Neu-Weichensee, Gütlich Adolfsstraße, aus statt. — Zahlreiche Beerdigung ist erwünscht.  
Die Erbsverwaltung.

### Deutscher Textilarbeiter-Verband.

(Zentrale I. Berlin.)  
Am Sonnabend, den 29. Oktober, verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied, der Weber 276/4

Wilhelm Kossatz.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem Thomastischhof in Marzahn statt. — Um rege Beteiligung bitten  
Der Vorstand.

Danksagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres guten Sohnes und lieben Bruders **Karl Heine** sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Metallarbeiter-Verband unsern herzlichsten Dank. 1981/5  
Die tieftrauernden Eltern und Geschwister Heine.

Kranzbindererei u. Blumenhandlung von 6150/2

Robert Meyer, No. 2. Marlannenstr. No. 2.

Widmungskranz, Guirlanden, Ballkränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswürdig geliefert

Wahl. Schloß ist zum 1. Nov. zu verm. (6 Mark) Adreassstr. 6, vorn 2 Tr. bei Keller. 197/8

Schlafstelle Poststr. 17, G. I. r.

### Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!  
Bei der Firma  
**Fork, Kretschmar & Co.**  
Barnimstr. 18,  
(Magazin Jannowitzstraße), haben  
sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug fernhalten!  
Die Erbsverwaltung.

Achtung, Klavierarbeiter!  
In der Pianofabrik von Laurinat, Wasserthorstraße 9, haben sämtliche Bodenmacher infolge Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt, es ist somit Ehrenpflicht jedes Kollegen, den Zuzug nach genannter Fabrik streng fernzuhalten. 143/1  
Die Agitations-Kommission des Fachvereins d. Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Solide Arbeiter u. Handwerker können sich lohnenden u. leichten Nebenverdienst schaffen durch Vermittlung v. Versicherungs-Abst. Hohe Bezüge. Branchenkenntnis nicht erforderlich. Offert. sub B 7 Exped. 181/8

Töpfer! Sonntagsrührer bei Galmuth Domstraße, Schöneberg, 1961/5  
Kolonnenstr. 53.

Tischler auf Rahmenarbeit verlangt Schulz, Kirchhof, Bergstr. 27.

Zusammen auf Kragen, Blumen hüten  
Kraft u. Jacobi, Münstr. 4.

Korbmacher auf Rattard, sucht 1984/5  
Wassstraße, Strahburgerstr. 32.

Injektoren aller Branchen, auch Damen, können einen erheblichen Nebenverdienst durch Akquisition von sehr leicht abzuführenden Kranken-Versicherungen, auch für weibliche Personen, haben. Bei Qualifikation sehr Anstellung mit Gehalt. Schriftl. Meld. „Halle“ Kranken-tasse f. D. Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 28. 38/19

Farbige-macher verl. Schultz, Cranicstr. 185. 197/8

Zwei tüchtige Klavier. Instr. Minder nach England für orthop. Apparate und Reparaturen gesucht. Klavier schreiden und schleifen können. Adr. unter J. 7. an die Expedition dieser Zeitung. 197/8

### Silberarbeiter

an Notationsmaschine  
in eine silberne Stadt gesucht. Nur solche, welche schon längere Zeit als Silberarbeiter an Notationsmaschine gearbeitet haben, wollen sich melden. In der Stereotypie bewanderte etc. halten den Vorzug. Offerten unter **H. 7.** an die Expedition d. Bl. 19



IV. Bayerischer Parteitag.

Würzburg, 30. Oktober.

In dem festlich geschmückten Saale der „Schönen Waimausicht“ begannen heute Vormittag 9 Uhr die Verhandlungen des vierten Parteitages der bayerischen Sozialdemokratie...

Scherm eröffnet hierauf den Parteitag und bemerkt, in das erhebende Gefühl, mit Gleichgestimmten beisammen zu sein, mische sich heute das Gefühl der Trauer, eines unserer wackersten Kämpfer — Karl Grillenberger — nicht mehr in unserer Mitte zu sehen...

werden. Ehrhart schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, der Parteitag möge nun seine Kritik daran knüpfen, der die Fraktion mit Ansehen entgegenstehe...

v. Dollmar bepricht hierauf in längeren Ausführungen die speziellen Arbeiterforderungen, die im verflochtenen Landtage eine sehr große Rolle spielen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten jede Gelegenheit wahrgenommen, den Interessen der Arbeiter und Staatsbediensteten im einzelnen zu dienen...

jäge nur irgendwie gestatten. Die Tätigkeit der Fraktion auf diesem Gebiete sei vielfach durch unverständliche Äußerungen gehemmt, die aus den Reihen der eigenen Partei (außerhalb Bayerns) gekommen und von den Gegnern emsig gesammelt und noch umgelogen...

Nachdem Dollmar seine mit Beifall aufgenommenen Rede beendet hatte und einige Begrüßungstelegramme verlesen worden waren, wurde die Sitzung auf Nachmittag 1/3 Uhr vertagt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 1. November. Opernhaus. Die Entführung aus dem Serail. Phantasien im Bremer Rathshaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Freigeb. Gastspiel. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Curano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Das Erbe. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Der Herr Sekretär. Vorher: Mein treuer Anton. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Schauspiel. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Bartel Turaxer. Anfang 8 Uhr. Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr. Luisen. Jodo's Streiche. Anfang 8 Uhr. Chend. Robert und Bertram. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Jugendstücken. Anfang 8 Uhr. Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Letzte Woche! Unser lustiges Berlin. Große Gesangsposse in 4 Akten von E. Soudermann u. H. Wilsdorf. Musik von Curt Goldmann. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabend, den 5. November: Zum 1. Male: Der Hypothekenschneider. Gesangsposse in 3 Akten von Leopold Gb. Musik von Cornelius Schäfer.

Luisen-Theater

34. Neichenbergerstraße 34. Abends 8 Uhr: Zum 28. Male: Jocko's Streiche. Burleske in 3 Akten u. d. Englischen des James Garfield von W. Sallis. Jodo: Paul Herbig vom Apollo-Theater in Nürnberg a. G. Mit sensationellem Vorchersfolge aufgeführt im Apollo-Theater in Nürnberg und im Volks-Theater in München. Vorher: Der dritte Kopf. Von Franz Wallner. Mittwoch: Die Schuld der Schuldlosen. Schauspiel in 5 Akten von Adolf Stöckl.

Mähr's Theater

Cranienstr. 24. Täglich Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. O diese Radler! Burleske. Edler von Metz. Transformations-Künstler. Anfang an den Wochenenden 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

Circus Busch

Dienstag, den 1. November 1898. abends 7 1/2 Uhr: High life-Vorstellung. Amateur-Konfurrenz-Reiten. Der dreimal stehend zu Pferde die Manege umkreist, erhält eine Prämie von 50 Mark. Kavallerie zu Fuß, höchst feierliche Intermezzo. Außerdem: Auftreten des Herrn Franz Gebhardt, Ritter v. p., bisher Chef der 1. spanischen Kavallerie in Wien. Zusammenkunft der Blumen, gr. Ballet-Divertissement. Anfang sämtl. Reiterturnen in prachtvoller Ausstattung. Die neuen Freiheitsbestreuer des Direktors Busch, Shadow Brothers, mod. Gladiatoren. Clown Oscar Lee mit seinen dressierten Tieren. Morgen Mittwoch: Sport-Abend. Sonntag, 6. November, nachm. 4 Uhr, (1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen halbe Preise). Auf besonderen Wunsch: Aufzug sämtlicher Reiterturnen in prachtvoller Ausstattung.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant. Dresdener-Str. 97. Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Runge. Novität! Sensationell! Novität! Weibliche Rekruten. Operette-Burleske von J. Gähner. Musik von A. Hebr. In Szene gesetzt von August Junge. Riesenerfolg! Jubelnder Beifall! Bei Werthheim's. Neu! Mr. William Barry, Neu! Original-Regen-Clown. Urkomisch! Zum Todestage!

Central-Theater

Direktion: José Ferraczy. Die Geisha. ober: Eine japanische Ehehaud-Geschichte. Operette in 3 Akten v. Sidonv Jones. Morgen und die folgenden Tage: Die Geisha.

Urania

Taubenstr. 48/49. Die Urzeit des Menschen. Invalidenstr. 57/62: Tagl. Sternwarte. Taubenstrasse im Hörsaal. Experim. u. Projekt.-Vorträge

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Im Theatersaal von 6 Uhr ab: Théâtre varié. Neu! Lebend! Der Storch-mensch!



Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Lebendig begraben!!

Olympia-Theater.

(Circus Renz) Karlstrasse. Täglich 8 Uhr abends: Berliner Lustattungstück mit Coupletts, Aufzügen und Kolossal-Vallée in 3 Akten (10 Bildern). Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr: Dieselbe Vorstellung. 1 Kind frei.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Täglich: Grosses Konzert und Spezialitäten-Vorstellung unter Leitung des beliebtesten Regisseurs Herrn Gustav Lutz. Auftreten namhafter Künstler. Lotta Romanowitsch, Eidersingerin. Fritz Fehrmann, Universal-Humorist. Gesech. Grässer, Gesangs-Duetisten. Heinrich Krill, Charakter-Comiker. Elias Cora, Kaskaden-Soubrette. Gustav Gressling, Kapellmeister. Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Apollo-Theater.

Direktion: E. Waldmann. Arman d'Arj die berühmte Pariser Operetten-Diva. Familie Agoust. Mr. Judges. Dressirte Seelöwen. Sign. Pietro Basalari, der phänomenale Doppel-Sänger. 14 Debutts. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage. Direktion: Richard Wincker. Abends unter französischem Jubel: Das Wursmädchen von Aschinger. Bild aus dem Berliner Leben von W. Reichard. Musik von Oscar Victor-Roeber. In Szene gesetzt von Otto Wendt. Auf allgemeines Verlangen: Die Wenzel. Schwanz in 1 Akt von G. Heisch. Gelauertreten des neugestalteten Künstlers und Spezialitäten-Personals. Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr. Wochentags 6 Uhr. Entree: Sonntag 40 Pf. Wochentags 30 Pf. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. (Wenzel, Pleiro, Britton, Treibl, Krone, Röhl, Schröder und Schröder.) Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Tageslos von 11-1 Uhr. Zum Schluss: Vor 25 Jahren. Ensemble von Wenzel.

Reichshallen Restaurant.

Täglich: Konzert des 24 Mann starken Reichshallen-Orchesters. Dirigent: Max Schmidt. Entree frei.

Wedding-Park

Haller-Strasse 178. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Regler, Woff, Hohenberg etc. Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Freireligiöse Gemeinde zu Berlin.

Zum Besten des Baufonds. Sonnabend, den 19. November, in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29: Vokal- und Instrumental-Konzert, Theater und Tanz. Billets à 25 Pf. sind nur in den Billet-Berläufenstellen der Freireligiösen Gemeinde, bei den Komiteemitgliedern Böhne, Brunnenstr. 141, S. II; D. Jäni et. Rixdorf, Reuterstr. 21, S. IV; Kornegys, Hirschenwälderstr. 11, v. III; Frau Roschardt, Alexanderstr. 41, S. I; Kuhle, Fenzlauer Allee 204, S. IV; Boigt, Neu-Kölln a. W. 2, Keller, und in allen unseren Versammlungen zu haben. Anfang 8 1/2 Uhr. Tanz 50 Pf. extra. Um zahlreichere Beteiligung ersucht Das Komitee. J. A. v. Berge.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: Hermann Scholze 63223. empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Gesellschaften. Im unteren Saal täglich: Frei-Konzert.

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32.

(neben Central-Theater). Empfehle meine Säle, 100-800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen und Vereinsversammlungen, Konventionen etc. zu den billigsten Bedingungen. (272\*) Franz Müller.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Direktion: Winkler und Fröbel. Neues November-Programm. Rosen vom Norden. Große Ausstattungsgesche von W. Gerike. Abend: Hörner, H. Winkler. Patsy Frank, Akrobaten-truppe. — Dora Wachtelty, Equilibristin. Wilhelm Fröbel, der unverwundliche Humorist. Pa. Fa. akrobatische Clown. Gebr. Niagara, Hand- und Kraft-Turner. Toska's lebend. Bilder-Gallerie, dank v. 8 Damen-Schönheiten. Helene Boh — Wäselty — Ernst Preder. Anfang 7 1/2. Öffnung 6 1/2 Uhr. Vorverkauf Sonn. v. 11-1 Uhr.

Für 36 Mark

fertige feine Winter- Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark feine Hosen nach Maß. 102658

Riesenschlager

Krausenstr. 14. I (kein Baden).

Großer Möbelverkauf

Neue Königstr. 59. In meinem großen Möbeldepot bietet sich Brantanten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertriehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochelegante von 500-6000 Mark zu liefern. Teilzahlungen unter den billigsten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert.

Gustav Ehrlich

Buchdruckerel, Berlin SW., Zimmerstraße 18. Hof-partner. liefert sämtliche Druckfachen für Vereine, schnell u. preiswert. Gedr. Schriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5

Für 3 Mark

bis 6.50 Prima Kammergarn, Winter-Paletotstoffe, Cheviots. 18465 Große Reste spottbillig. Berlin C. Hoher Steinweg 4. (Rathhaus). Carl Engel.

Sophistie

und Refle in Hipp, Tamak, Crêpe, Phantasie, Gebelid und Glas spottbillig! 61032 Proben franko! in allen Qualitäten Lanterstoffe zu Fabrikpreisen. Berlin S., Oranienstr. Dr. 158. Arbeitsanzüge Brunnenstr. 112.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Dienstag: Bartel Turaxer. Mittwoch: Zum ersten Male: Lumpengefindel. Donnerstag: Lumpengefindel.

Mend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Robert und Bertram oder Die lustigen Vagabonden. Posse mit Gesang in 4 Akten von G. Haeder. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung Frei-Konzert. Mittwoch, nachm. 4 Uhr: 1 Schüler-vorstellung: Die Räuber. Bedeutend ernährte Preise. Abends: Preciosa. Donnerstag: Der Jongleur. Freitag: Robert und Bertram. Sonnabend Nachmittags: Die Räuber. Abends: Rean. Sonntag Nachmittags: Robert und Bertram. Abends: Das Mädchen von Heilbronn.

2 Riesen-Kegelbahnen.

3 Vereinszimmer empl. Restaurant Pieper, Kreuzbergstr. 43. 1242



